

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Aboimmepreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierfährlich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4500. — Postleistungskonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13608. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4500

Interatenpreis: Die 7 geplante Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mf., bei Platzvorrichtung 2.30 Mf.; Familiennotizen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mf., Klammer-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721. Schluss der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Die Wirkungen, die der neueste französische Schachzug zeitigen wird, lassen sich noch nicht übersehen. Die Reichsregierung hat, abgesehen von den vorläufigen Bemerkungen Nosens, auf die französische Note noch keine Antwort erbracht, sondern will erst die in der Note vorgebrachten Zwischenfälle untersuchen. Die alliierten Regierungen haben ebenfalls zum französischen Schritt offiziell noch nicht Stellung genommen, doch ist es zweifellos, dass die englische Regierung über die neue Verschleppung der Entscheidung sehr unzufrieden sein wird, nachdem sie ausdrücklich erklärt hatte, dass ihrer Ansicht nach die Verwendung von Sachverständigenkommissionen keinen verzögrenden Eindruck auf die Entscheidung haben dürfe. Die italienische Regierung scheint sich hingegen in ihrer Außenpolitik wie zur Zeit Sforzas noch immer im Schlepptritt der französischen zu befinden, wenn die folgende Nachricht zutrifft:

Rom, 18. Juli. (DA) Wie offiziell verlautet, hat sich auch die italienische Regierung im Sinne einer Vertagung der Konferenz des Obersten Rates ausgesprochen. Das neue Kabinett, und namentlich sein Außenminister Marquis della Torretta, ist dabei von der Erwögung ausgegangen, dass es unabdingt erforderlich sei, über das oberschlesische Problem erst eigene Erhebungen vorzunehmen, bevor man auf der Tagung des Obersten Rates sich auf eine endgültige Entscheidung festlege.

Demgegenüber ist unser Berliner Berichterstatter dahin informiert, dass auch Italien sich dem französischen Schritt nicht anschließen werde. Wir erhalten aus Berlin unter dem 19. Juli folgende Drahtmeldung:

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erläutert, werden der englische und der italienische Botschafter den Schrift des französischen Botschafters in der oberschlesischen Note nicht unterstützen. Frankreich wird also mit seiner Auffassung über die Lage in Oberschlesien diesmal allein bleiben. Man geht aus englischer Seite von der Erwägung aus, dass ohne Zweifel der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien noch immer eine große Gefahr für die Ruhe in Oberschlesien darstellt. Man verschließt sich aber anderseits nicht der Meinung, dass auch die polnischen Insurgenten immer noch in fest geschlossenen Verbänden sich vorfinden und die Ruhe Oberschlesiens bedrohen.

Wird De Rond gehen?

Berlin, 19. Juli. Wie das Tageblatt meldet, gebietet General De Rond sich in den nächsten Tagen auf einen Sommerurlaub zu begeben. Nach den Informationen des Blattes soll dem General in dieser Form ein annehmbarer Abgang gesichert werden.

Korsanty in Paris.

Berlín, 18. Juli. Der ehemalige Plebisizitkommissar und spätere Führer des polnischen Aufstandes Korsanty ist gestern nach Paris abgereist, um an den Boulogner Verhandlungen teilzunehmen.

Paris, 19. Juli. (TL) Korsanty ist am Montag in Paris eingetroffen.

Zurückhaltung von Eisenbahnmaterial durch die Polen.

Kattowitz, 18. Juli. (TL) Die von der Eisenbahndirektion unternommenen Schritte, die von den Insurgenten geräubten Lokomotiven und Eisenbahnwagen zurückzuhalten sind, bisher erfolglos gewesen. Wieviel Güterwagen insgesamt geräubt wurden, steht noch nicht fest. Von dem Lokomotivenbestand fehlen 35, während 87 schwer beschädigt worden sind, so dass sie vorläufig nicht verwendet werden können.

Die Brotpreiserhöhung vor der Tür!

Umliche Verhüllungsspielen.

Zu den Meldungen über die kommende Brotpreiserhöhung wird vom Reichsernährungsministerium mitgeteilt: Es ist zu treffend, dass vom 16. August ab neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brot auch markenfreies Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann. Es ist weiter außendringlich, dass das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter in der Lage ist die bisher zur Niedrighaltung der Brotpreise verwandten Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für das Kartonbrot wird etwa 40 Prozent des derzeitigen Preises betragen, das bedeutet einen Verkaufspreis für das 1000 Gramm schwere Brot von etwa 7 Mf. Die Schätzungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten Brotes entbehren jedoch sicherer Grundlage. Es ist aber kein Unsinn zu der Annahme, dass dieses Brot 18 oder gar 14 Mf. kosten wird. Selbst wenn es aus Auslandsmehl hergestellt würde, so könnte es bei dem heutigen Weltmarktpreis für Getreide und dem derzeitigen Werturstand der Mark für einen geringeren Preis als 12 Mf. abgegeben werden. Die Kosten des freien Landes getreides aus dem in erster Linie deutsches markenfreies Brot hergestellt werden dürfte, werden vorausichtlich noch niedriger als für Auslandsgetreide sein. Es darf schon mit Rücksicht auf die vom 16. August ab eingelangte freie Konkurrenz erwartet werden, dass der Preis für das markenfreie Brot nicht ungebührlich gesteigert werden wird. Es ist im übrigen von der Reichsregierung festgestellt, dass die Preise für freies Mehl oder daraus erbautes Brot festzulegen. Es würde ihr hierfür auch die gesetzliche Zuständigkeit beabsichtigt. Preise für freies Mehl oder daraus erbautes Brot festzulegen.

Berlin, 19. Juli. (TL) Halbamtlich wird über die Brotverteilung u. a. berichtet: Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkungen hat die Reichsregierung sich ent-

schlossen, den Brotpreis nur um vierzig Prozent zu erhöhen. Auch das bedeutet noch, dass allein vom 15. August dieses Jahres bis zum 31. März 1922 Verbilligungsmaßnahmen des Reichs in Höhe von über 3½ Milliarden bis 4 Milliarden Mark zu leisten sind. Zu der in der Presse gedruckten Behauptung, dass das rationierte Brot dem Bilde in schlechter Beschaffenheit geliefert werden wird, siegt ein Unsch in der neuen Wirtschaftsjahre die Brotförderung fortwährt und reines Brotgetreide verwendet werden muss.

Trotz allem hin- und hergeredet bleibt es also dabei, dass das Brot ab Mitte August um 40 Prozent verteuert wird, weil die bürgerliche Einheitsfront im Reichstag die Interessen des Volkes um der Profitinteressen der Agrarier willen verraten und ihnen Milliarden und über Milliarden zugeschaut hat. Auch den Optimismus des Herrn Hermes, dass das markenfreie Brot „nur“ 12 Mf. kosten wird, können wir nicht teilen, da die Weltmarktpreise auch nach der Getreidepreiserhöhung noch etwa doppelt so hoch wie die Abschaffungspreise sein werden.

Es gibt für die Arbeiterschaft nur eine Antwort auf die Brotpreiserhöhung: Erhöhung der Löhne. Und es scheint, dass dieser Weg tatsächlich bereits in Angriff genommen wird. So meldet unser Berliner Berichterstatter:

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Die Dena verbreitete gestern abend eine Nachricht, nach der sich die freien Gewerkschaften mit der Frage der Brotpreiserhöhung beschäftigt und den Schluss gefasst hätten, den Konsorten der sozialistischen Kabinettsmitglieder zu fordern, für den Fall, dass das Kabinett der Brotpreiserhöhung keine Zustimmung erteilt. Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen. Es haben selbstverständlich innerhalb der Gewerkschaften Befreiungen über die Brotpreiserhöhung stattgefunden und man ist in dem Stellung genommen, dass bei einer Brotpreiserhöhung ist eine Erhöhung dertariflich festgelegten Löhne nicht mehr vermeiden lassen. Von dieser Tatsache hat man auch dem Kabinett Mitteilung gemacht. Alle übrigen Vermutungen der Dena aber, vor allen Dingen über eine angebliche Dringlichkeit mit der Forderung des Kultusministers der sozialistischen Minister ist falsch.

Die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Die Note Fahne veröffentlichte gestern eine Befreiung des ersten Kongresses der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale. Danach fachte der Kongress den Beschluss, Maßnahmen zu treffen, damit alle Gewerkschaften sich zu einer einheitlichen Organisation zusammen schließen, deren Leitung dem internationalen Zentralrat unterstehen soll. Zweitens wurde beschlossen, eine enge Verbindung mit der Dritten Internationale zu schaffen, diese Verbindung soll durch die Schaffung gegenseitiger Vertretungen in den Exekutivkomitees geschehen. Drittens wurde festgestellt, dass diese Verbindungen einen rein sachlichen Charakter zu tragen haben, der in einer gemeinsamen und gegenseitigen Vorbereitung und Durchführung der revolutionären Aktionen sowohl in nationaler als auch in internationaler Beziehung zum Ausdruck kommen soll. Viertens weist der Kongress auf die Notwendigkeit hin, die Gewerkschaften zu einem revolutionären Ganzen zusammenzuschließen und zwischen den einzelnen Gewerkschaften und den kommunistischen Parteien eine enge Verbindung zu schaffen.

Die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter haben auf diesem Kongress Angaben über die Stärke ihrer Anhängerschaft gemacht, die ihre Bekanntheit und Wissenshaftigkeit bei Zahlenangaben und Informierung der Arbeiterschaft wieder einmal ins hellste Licht stellen. Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaften wurde rund auf 16 Millionen angegeben. Davon kämen 6½ Millionen auf Russland, 2½ Millionen auf Deutschland, 3 Millionen auf Italien, je ½ Million auf Frankreich, England und Amerika, 800 000 auf Spanien, 600 000 auf Australien, 250 000 auf Polen, 50 000 auf Schweden.

Diese Zahlenangaben sind so lächerlich, dass sie die Urheber entweder als freche Schwätzer oder als Geissen entlarven, die aus Selbstlüstern nicht herauskommen. Wo sollen denn bloß die 2½ Millionen deutschen Mitglieder herkommen? Etwa aus den Arbeiter-Unionen, die zu Moskau auch schon tiefste Haltung eingenommen? Sie bringen es alle zusammen noch nicht auf ein Fünftel der Summe. Und in Italien dürften die gesamten freien Gewerkschaften noch nicht 3 Millionen erreichen. • Danach beurteile man die andern Zahlen!

Sinowjew hieß dabei eine seiner üblichen heftigen Reden gegen die Amsterdamer Internationale. Die Vernichtung dieser Internationale würde, so meint er, bedeuten, dass die Kommunisten neun Zehntel ihrer Schwärmekräfte überwunden hätten. Der Kampf gegen sie sei Klasse kampf. (1) Der Kongress beschloss einen im Geiste dieser Reden gehaltenen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, worin es heißt: „Die Amsterdamer Internationale, die sich vor der Revolution fürchtet, stellt die Herrschaft der Bourgeoisie. Das Proletariat dient anders als die Führer von Amsterdam.“ Der Aufruf schließt mit der Aufforderung zur Bildung einer Einheitsfront des Proletariats gegen die Amsterdamer Internationale.

Das bedrohte Frankreich.

DA, Paris, 18. Juli. Petit Varilien meldet, dass Millerand beim Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick erklärte, eine Übereinkunft zu Ende führe für Frankreich in den nächsten Jahren einiges in Frage. Die Bedrohung durch Deutschland mache für die Zukunft die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Präsenzstärke der französischen Armee unbedingt erforderlich.

Der Anspruch der höheren Staatsbeamten auf Anteil an der Regierungsgewalt.

Als Antwort auf den „Offenen Brief“ des Ministerialrats Dr. Woeller versendet heute Genosse Lipinski durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgende Antwort an die Presse:

Die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Ryssel zum Amtshauptmann von Leipzig durch das Gesamtministerium hat mir die lebhafte Freude der bürgerlichen nationalsozialistischen Presse eingebracht, und der Ministerialrat Dr. Woeller hat in der gesamten Presse am 16. Juli unter der Überschrift „Amtshauptmann Ryssel“ einen Offenen Brief an mich gerichtet.

Das nötigt mich, zur Sache Stellung zu nehmen. Trotz des Vorrechts geht Woeller in seinem Artikel auf den Kern der Frage nicht ein, sondern schiebt ihn vorsichtig beiseite und verschließt die Angelegenheit dadurch auf ein falsches Gleis. Deshalb bin ich genötigt, die Angelegenheit von einer andern Seite zu beleuchten.

Es handelt sich gar nicht, wie Woeller behauptet, um eine Politisierung der Beamten, denn politisch waren sie längst von der konservativen Regierung eingestellt, sondern um eine Kampfansage der höheren Staatsbeamten an die Regierung und die Festigung ihrer Macht. Die höheren Staatsbeamten fordern nicht mehr und nicht weniger als die Miteinschübung bei der Belebung von höheren Beamtenstellen und stützen sich hierbei auf ein angeblich gewerkschaftliches Prinzip. Dieser Anspruch ist seit Ausbruch der Revolution erhoben worden und harinägig und beharrlich von den höheren Staatsbeamten verfolgt worden, in es ist sogar die Dienststelle höherer Ministerialbeamten benutzt worden, um durch Androhung der Demission dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Die Genehmigung und Entlassung von Beamten steht aber nach § 15 des vorläufigen Grundgesetzes und Artikel 31 der Verfassung für den Freistaat Sachsen dem Gesamtministerium zu, ist also ein politisches Recht, das nur von der Regierung ausgeübt werden kann, das sie vor dem Landtag zu vertreten hat und mit keiner wirtschaftlichen Organisation teilen kann. Die zuständigen Minister haben das Vorschlagsrecht und haben nach der Geschäftsordnung des Gesamtministeriums das Recht, innerhalb ihrer Zuständigkeit, bis zum Range eines Oberregierungsrats, die Ernennung von Beamten selbstständig vorzunehmen.

Weil ein nach der Verfassung allein der Regierung zustehendes Recht nicht geübt werden kann, deshalb wurde dieser Anspruch von mir und dem Gesamtministerium abgelehnt. Der Vorstoß gegen mich ist deshalb so heftig, weil ich auch den Abschluss eines Kompromisses in dieser Frage strikt abgelehnt habe.

Um diesen zähnen Kampf richtig würdig zu können, muss auf seinen Verlauf eingegangen werden. Er wurde alut, als die Kreishauptmannschaften Bautzen und Leipzig besetzt werden sollten. Die Ministerialbeamten lehnten es durch, dass das Gesamtministerium am 14. August 1919 die Entschließung über die Belebung der Kreishauptmannschaften aussetzte, um ein Rechtsurteil darüber einzuhören, ob nach dem sächsischen Organisationsgesetz vom 21. April 1818 der Kreishauptmann Jurist sein müsse; ferner sollte eine Aufführung von Breuhen eingeholt werden, wie dort die entscheidenden Behördenstellen besetzt worden sind.

Das Rechtsurteil wurde von der Staatskanzlei erlassen. Es kam prompt zu dem Ergebnis, dass zwar ein Nichtjurist als Kreishauptmann möglich sei, doch aber „ein Kreishauptmann ohne juristische Bildung an den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts (die Kreishauptmannschaft ist in Verwaltungsstreitigkeiten Spruchgericht zweiter Instanz) nicht teilnehmen könne“, und hierbei durch einen Juristen vertreten lassen müsse. Eine Auffassung, die mit dem Grundsatz der Verwendung des Patentenrechts in der Rechtsprechung, es sei erinnert an die Handelsgerichte, unverträglich ist.

Für Preußen wurde festgestellt, dass weder früher noch jetzt für die Oberregierungspräsidenten und für die Regierungspräsidenten die juristische Bildung unbedingt formale Voraussetzung gewesen sei. Auch die Landräte könnten unter Umständen Nichtjuristen sein. In Preußen seien deshalb auch alle Oberpräsidientenstellen durch Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsparteien — der damaligen Koalitionspartei — besetzt worden. Für die Regierungspräsidenten wollte man vornehmlich Juristen verwenden, doch seien in einzelnen Fällen, auf Drängen der Regierung, auch Nichtjuristen ernannt worden. Über die Kontinuierlichung der Landräte bestände in Preußen allseitige Übereinstimmung. Die Landräte sollen von den Kreisen gewählt werden. Der Staat soll nur ein Einspruchsrecht erhalten. Die juristische Bildung wird nicht gefordert, es werde aber zur Bedingung gemacht, dass der nichtjuristische Landrat einen Juristen als Stellvertreter haben müsse.

Soweit die Gutachten. Der Vorstoß der höheren Staatsbeamten Sachens gegen die Regierung wurde eingeleitet durch eine Eingabe der oberen Beamten der Kreishauptmannschaft Leipzig vom 6. Juni 1919 und eine Eingabe der Amteshauptstelle an das Ministerium des Innern vom 28. Juli 1919, in der sie aus Be-

rechts- und Staatsinteresse die Besetzung der Kreishauptmannschaften mit Juristen erstrebten.

Das Gesamtministerium kam zu einem Kompromiß. Es erkannte für Leipzig Herren Lange und für Bautzen Ministerialrat v. Rostich-Wallwitz zum Kreishauptmann. Es handelte am 10. September 1919 den oberen Beamten der Kreishauptmannschaft Leipzig und den Amtshauptleuten folgendes Schreiben:

Das Gesamtministerium hat nicht in Aussicht genommen, höhere Beamtenstellen der Staatsverwaltung in größerer Zahl an Personen zu übertragen, denen die juristische und verwaltungstechnische Vorbildung fehlt. Es geht in der Angelegenheit lediglich davon aus, daß zweifellos einzelne Personen vorhanden sind, die auch ohne diese fachliche Vorbildung infolge ihrer allgemeinen besonderen Fähigkeiten und ihrer vielseitigen Erfahrungen in der kommunalen Verwaltung sich so bewährt haben, daß es als ein Verlust für den Staat anzusehen wäre, wenn sie nicht auf wichtige Posten gestellt würden.

Das Gesamtministerium wird auch in solchen Fällen nicht zuerst daran lassen, ob dafür Gewähr gegeben ist, daß die zu besetzende Persönlichkeit ihrer gesamten Wesenheit nach geeignet ist, bei der Beamtenhaft die erforderliche Werthschätzung zu erfahren, so daß ein gutes, von gegenseitigem Vertrauen getragenes persönliches Verhältnis gewährleistet ist.

Die höheren Staatsbeamten hatten sich inzwischen im Bund Sächsischer Staatsbeamten organisiert und nahmen in einer Einjade an den Ministerpräsidenten vom 12. Februar 1920 nun ihrerseits gegen die in der Volkskammer erhobene Forderung nach der Demokratisierung der Verwaltung den Kampf auf. Als dann die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt besetzt werden sollte, leistete der Bund Sächsischer Staatsbeamten am 29. Mai 1920 an seinen Ministerpräsidenten die Forderung:

dass bei Besetzung der Staatsämter die Regierung ungestüm bestimme, die Regierung bindende Grundsätze unter Wirkung der Beamtenvertretung aufzustellen, wobei oberster Leitsatz sein müßt, daß Fachamter nur mit Beamten besetzt werden dürfen, die über die erforderliche Schulung und praktische Ausbildung und Erfahrung verfügen. Dies macht die Beamtenhaft zu ihrer Forderung; sie wird alles daran sehen, deren Erfüllung zu erreichen.

Am 8. Juni 1920 wurde der Einspruch gegen die Ernennung der Amtshauptleute Dr. Lempe in Dresden-Neustadt und Dr. Markus in Chemnitz, beide Juristen, aber Sozialdemokraten, wiederholt, nachdem der Bund am 19. Mai mitgeteilt hatte, daß die sächsischen Staatsbeamten sich fast restlos zusammengeschlossen hätten. Es gibt nämlich noch eine Vereinigung sozialdemokratischer sächsischer Staatsbeamten.

Das Gesamtministerium kam auch jetzt wieder den Staatsbeamten entgegen und beauftragte den Minister Kühn, eine Aussprache mit den Beamtenvertretern herbeizuführen. Die Besprechung über die Demokratisierung der Verwaltung fand am 10. Juli 1920 statt und veranlaßte den Minister Kühn, Anregungen für eine Demokratisierung der Verwaltung zu geben, die von den Beamtenorganisationen und den Fraktionen der Koalitionsparteien — damals Demokraten und Sozialdemokraten — sachgeprüft und nach dem Eingang der Antworten endgültig festgestellt werden sollten. Punkt 1 dieser Anregungen lautete:

1. Berufungen in leitende Staatsämter: Es werden nur Männer berufen, deren Verfassungstreue außer Zweifel steht. Vertändliche Eignung und Tüchtigkeit ist erste Voraussetzung für die Berufung.

Zu alter Regel ist daneben bei der Besetzung der Stellen der Nachweis der Fachkenntnis durch Bestehen der für Beamte vorgeordneten Prüfungen, bei den höheren Stellen die Bewährung in mehrjähriger Verwaltungspraxis zu fordern.

In Fällen, wo in Rücksicht auf besondere Staatsnotwendigkeiten von dem Beamtenprinzip abgewichen werden muß, ist eine gegenseitige Verständigung zu suchen, damit nicht durch Protest der Beamtenhaft unnötigerweise Erbitterung und Misstrauen der Bevölkerung gegen die Beamtenhaft ausgelöst wird.

Der Beamtenbund leitete seinen Feldzug gegen die Regierungs- gewalt unvermindert fort. Als im Landespreisamt zwei auf Privatdienstvertrag beschäftigte Personen, darunter der Direktor Lütlich, ein Sozialdemokrat, zu Regierungsräten in planmäßige Stellen ernannt werden sollten, kam am 14. Juni eine Protesteingabe des Bundes. Das Wirtschaftsministerium stellte seine Absicht zurück. Trotzdem kam am 5. Januar 1921 eine neue Eingabe des Bundes, die besonders wertvoll für die Kampfestellung der Organisation gegen die Regierung ist. In der Eingabe an den Ministerpräsidenten heißt es:

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten kann sich mit dieser Erklärung des Personalamts in keiner Weise zufriedengestellt erfreuen. Er erblieb vielmehr in dieser Antwort den Versuch der Umgehung der den Beamten zugewiesenen Grundsätze, daß offene Beamtenstellen mit Fachanwälten zu besetzen sind, und daß von diesen Grundsätzen nach der Zusage des Ministers Kühn nur dann ausnahmsweise und im Einvernehmen der Regierung mit dem Bund Sächsischer Staatsbeamten abgesehen werden soll, wenn besondere Staatsnotwendigkeiten eine solche Maßnahme rechtfertigen. Der Bund Sächsischer Staatsbeamten muß zu seinem Bedauern feststellen, daß die Regierung sich mit ihm wegen der beabsichtigten Stellenbesetzung nicht in Verbindung gebracht hat, es ist ihm auch weiter nicht bekannt, welche besonderen Staatsnotwendigkeiten ein solches Vorhaben begründen sollen.

Die Eingabe endet mit dem Satz:

Bei dieser Sachlage erhebt der Bund Sächsischer Staatsbeamten schärfsten Einspruch gegen dieses Vorhaben des Wirtschaftsministeriums . . .

Und der Personalreferent der 1. Abteilung des Ministeriums des Innern teilte dem Wirtschaftsministerium mit, daß das Verlangen des Bundes, mit ihm zunächst in Verbindung zu treten, nicht ungerechtfertigt sei. Also, obgleich das Wirtschaftsministerium, das damals interimistisch vom Ministerpräsidenten verwaltet wurde, zurückweicht, erhebt der Bund Sächsischer Staatsbeamter Anspruch auf eine Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsminister, und der Vorsteher des Personalamts macht nicht etwa die Beamten darauf aufmerksam, daß dies eine Verleugnung der Verfassung ist, sondern befürwortet das Verlangen des Bundes.

Als der Verband Sächsischer Industrieller gegen die Ernennung der Gewerkschaftskomitee Clausnitzer und Jungnickel zu Gewerbecontrolloren im Bezirk Auerbach und Chemnitz Einspruch erhob, unterstützte der Bund Sächsischer Staatsbeamter prompt diesen Einspruch des Industriellenverbandes.

Als ich im Dezember 1920 das Ministerium des Innern übernahm, setzten Ministerialbeamte alles ein, um die Anregungen des Ministers Kühn zum endgültigen Abschluß zu bringen. Ich lehnte dies ab, weil die Ernennung von Staatsbeamten ausschließlich ein politisches Recht der Regierung ist und die Regierung, wenn sie der Forderung des Bundes Rechnung tragen würde, jede Weiterentwicklung der Selbstverwaltung im Staate unterbinden

würde von der Wahrnehmung der Staatsinteressen einer Beamtengruppe abhängig machen würde.

Es würde die Besetzung der Amtshauptmannschaft Leipzig aktueller. Weil die Besetzung mit einem Nichtjuristen „so in der Lust liegt“, sprachen am 8. Juli zwei Vertreter des Beamtenbundes bei mir vor, die Auskunft über das gegen den bisherigen Amtshauptmann eingeleitete Disziplinarverfahren haben wollten und erschienen, soweit man in einem schwedenden Verfahren Angaben machen kann, und sich mit mir über Staatsnotwendigkeiten bei Besetzung der Stelle auseinandersehen wollten. Letzteres lehnte ich ab, erklärte mich aber bereit, eine Abordnung des Bundes am 11. Juli zu empfangen. Der Empfang fand statt und endete mit der Ablehnung, mich mit dem Beamtenbund über Staatsnotwendigkeiten auseinanderzusetzen. Eine „Verständigung“ über Staatsnotwendigkeiten lehnt den Zwang voran, daß die Regierung die Staatsnotwendigkeit gegenüber dem Beamtenbund eingehend begründet, der Beamtenbund diese Gründe nachprüft und das Gesamtministerium das Urteil des Beamtenbundes überprüft und bei seiner Entscheidung beachtet. Die Entscheidung des Gesamtministeriums würde in ihrem Ergebnis von Beamten bestimmt werden, statt von dem hierfür eventuell in Frage kommenden Landtag. Wie „objektiv“ der Beamtenbund der Regierung gegenübersteht, mag die Eingabe des Bundes an das Gesamtministerium beweisen.

Obgleich ich den Herren die einzelnen Gründe für das Disziplinarverfahren nur angekündigt und abgelehnt hatte, in das Verfahren einzutreten, heißt es doch in der Eingabe:

Es muß aber auffallen, daß die Besetzung schon bei Einleitung dieses Verfahrens gegen den Willen des Betroffenen vorgenommen wurde, und es liegt nahe, daran Vermutungen zu knüpfen, die die Objektivität der Gründe für eine solche Besetzung in fraglichem Lichte erscheinen lassen.

In der Eingabe heißt es dann weiter:

Da also bisher keine Staatsnotwendigkeit für eine derartige Besetzung nachgewiesen ist, und der Minister Lipinski erklärt, daß das Gesamtministerium über Staatsnotwendigkeiten zu entscheiden habe, bittet der Bund, zu der Frage der Besetzung der Amtshauptmannsstelle in Leipzig erst nach erfolgtem Verhandeln mit der Gewerkschaft der sächsischen Staatsbeamten endgültig Stellung zu nehmen . . .

Das Gesamtministerium lehnte einstimmig dieses Verlangen ab und bekleidete die Stelle.

Zur Behauptung des Bundes, daß gewerkschaftliche Grundsätze sein Vorgehen rechtfertigen, werde ich Stellung nehmen, wenn der Beamtenbund mir dieses gewerkschaftliche Prinzip nachweist und mir Belege dafür bringt, daß in irgendeinem großen Industriebetrieb die oberen technischen oder kaufmännischen Beamten das Recht haben, mit der Betriebsleitung zu verhandeln, wer Leiter einer bestimmten Abteilung werden darf. Für die Staatsbeamten kommt aber das im Jahre 1885 geschaffene Staatsbeamtenrecht in Betracht, dessen § 8 lautet:

So wie überhaupt Amtshabenden auf Staatsbeamte nicht erteilt werden dürfen, so hat auch insbesondere sein Staatsdienner einen rechtlichen Anspruch auf Amtsführung in einer höheren Stelle oder in einem höheren Gehalt.

Haben die Beamten einzeln keinen Rechtsanspruch, so noch weniger, wenn sie als Gemeinschaft auftreten, und um diese Frage handelt es sich.

Nun behauptet Herr Woelker, ich wolle die Beamten politisieren und amerikanische Zustände in Sachsen einbürgern.

Vor der Revolution herrschte die konservativ-nationalistische Koalition, die nur Beamte ihrer politischen Färbung im Staatsdienste duldet. Tressend schreiben deshalb die Leipziger Neuesten Nachrichten am 16. Juli über die vormalige Regierung:

Brauchbare Kräfte ohne Zahl hat er brach liegen lassen, hat er gut durch törichte und engherzige Drangsaliert in Staatsfeindschaft hineingeheckt. Es war ein Zeichen zunehmender Altertümlichkeit, wenn dieser Staat immer länglicher erst nach der Besinnung und dann erst nach der Brauchbarkeit seiner Beamten fragte.

So ist es bis zum November 1918 gewesen. Die Beamtenstellen waren nur den bevorzugten Parteien vorbehalten, und es ist ganz selbstverständlich, daß dies geändert werden muß, daß den Bevölkerungsschichten, die von der Beamtenlaufbahn ausgeschlossen waren, jetzt die Tore geöffnet werden, daß die Parole: Freie Bahn dem Tüchtigen praktisch wird. Hierbei kann man an eine allmäßliche Auffüllung des Beamtenapparates aus den bisher ausgeschlossenen Schichten denken, man kann aber auch diesen Weg wählen und dennoch der Auffassung sein, daß damit auf zu lange Zeit der Weg gehoppt bleibt und daß schnelles Zugreifen durch Besetzung verantwortlicher und entscheidender Posten mit Personen, die absolute Bürgschaft für die Durchführung republikanischer Auffassung bieten, zwingende Staatsnotwendigkeit ist. Letztere Auffassung teile ich, und, hoffe ich, auch die Mehrheit des sächsischen Volkes.

Nun bestreitet Dr. Woelker, daß Beamte der demokratischen Verfassung feindlich gegenüberstehen, und daß ich einzelne Fälle verallgemeinere.

Es wäre von mir Unrecht, wenn ich behauptet hätte, daß die über 16 000 Staatsbeamten der demokratischen Verfassung feindlich gegenüberstehen. Ich erkenne durchaus an, daß die Beamten im allgemeinen ihre Pflicht und Schuldigkeit, selbst über den Dienstplan hinaus, mit voller Hingabe und Anpassung an die neuen staatsrechtlich veränderten Verhältnisse tun, und daß dies nicht nur bei den unteren und mittleren Beamten, sondern auch bei den höheren Staatsbeamten der Fall ist. Ich habe deshalb seit November 1918 meinen Einfluß zugunsten der Beamten getan.

Nicht wegzustreiten aber ist es, daß sich auch in der Beamtenchaft, namentlich in den Kreisen der Amtshauptleute, widerstreitende Tendenzen geltend machen, und wenn Herr Woelker das als Einzelfälle bezeichnet, so kommt es nicht auf die Zahl der Fälle zur gesamten Beamtenchaft an — die 200 höheren Staatsbeamten können sich doch nicht mit den 16 000 Staatsbeamten identifizieren —, sondern auf die Zahl der Fälle zu den verantwortlichen Stellen und da ist der Prozentsatz der der Regierung Widerstreitenden nicht unerheblich. Es kommt auch kein amerikanisches System in Betracht, denn in Amerika gibt es nur staatliche Angestellte, hier aber kommen Staatsbeamte in Frage. Schon dieser Hinweis zeigt die Schlagwortstendenz des Woelkerschen Artikels.

Herr Dr. Woelker: Wäre Ihr Vorgehen im alten Staate möglich gewesen?

Die demokratische Verfassung des bürgerlichen Staates, die einstimmig von der Volkskammer beschlossen wurde, muß verbürgt

sein auch in der Tätigkeit der Beamten. Diese Bürgschaft zu schaffen, das ist Staatsnotwendigkeit. Darüber entscheidet aber die vom Gesetz bestimmte Körperschaft und nicht die Beamtenorganisation.

Die Abrüstung marschiert!

Paris, 17. Juli. Die Entwaffnungskommission des Wölkerbundes hat zwei Sitzungen abgehalten. In der Vormittagsitzung schlug Jouhaux als Delegierter des Internationalen Arbeitsamtes vor, eine Kommission einzulegen, die eine Kontrolle der unter den Mitgliedern des Wölkerbundes ausgetauschten militärischen Informationen ausübt. Viviani schlug die Bildung von drei Unterausschüssen vor. Der erste sollte sich mit der Waffenindustrie und mit dem Waffen- und Munitionshandel beschäftigen, der zweite sollte die Frage der Durchführung und der gegenwärtigen Kontrolle der Auskünfte über militärische Rüstungen bearbeiten, der dritte sollte den Vorschlag des Italieners Schanzer betreffend die Abrüstungstatistik prüfen.

Paris, 18. Juli. In der Abrüstungskommission des Wölkerbundes erklärte der englische Vertreter Fisher über die Abrüstung zu Lande, man solle hierbei mit größter Vorsicht zu Werke gehen, solange Russland und Deutschland noch nicht dem Wölkerbund angehören und Deutschlands Loyalität nicht sicher sei. Die Kommission beschloß, mit dem Einzelstudium der Abrüstungsfrage anzufangen und hat eine Unterkommission ernannt, welche die Einzelheiten der Frage untersuchen wird. Am Dienstag werden die Beratungen fortgesetzt.

Der Wölkerbund fühlt sich also durch die Konkurrenz Hardings noch nicht geschlagen und lebt seinesfalls die Abrüstungskommission fort.

Es wird erwartet, den Fortschritt nicht zu unterschätzen; der Wölkerbund ist bei der Abrüstungsfrage vom Stadium der Diskussion bereits in das der Studien und Kommissionen eingetreten.

Als auch Komödie, hat es doch Methode.

Amerikas Aufmarsch an Japan.

Paris, 18. Juli. Chicago Tribune meldet aus Washington, die Vereinigten Staaten hätten der japanischen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, das es nicht in Sache einer einzelnen eingeladenen Regierung sei, das Programm der Konferenz zu bestimmen, das müsse der Vereinigung der Konferenzteilnehmer selbst überlassen werden. Ein vorangehender Meinungsaustausch sei dabei durchaus angängig.

Ein pazifistischer Frauenkongress.

In der vergangenen Woche tagte in Wien ein Kongress der Internationalen Frauensliga für Frieden und Freiheit, an dem Vertreterinnen aller Kulturschulen teilnahmen. Sämtliche Rednerinnen, auch die der Ententeländer, fanden sehr mutige und anspruchsvolle Worte gegen den Kriegs- und Rüstungswahn. Am Schlusse der Tagung wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Internationale Frauensliga für Freiheit und Freiheit möge alles versuchen, die militärische Verbündung Englands mit fremder Ländern unmöglich zu machen. Seit der Annahme des Ultimatums und seiner ehrlichen Erfüllung seitens der deutschen Regierung sehen sich die Ententeregierungen durch Aufrechterhaltung der Sanktionen ins Unrecht. Deshalb fordert der Kongress von den Ententeregierungen sofortige Aufhebung der Sanktionen. In einer weiteren Resolution wird die Resolution der Friedensvereinigung als notwendig bezeichnet, da die Verträge nur den Kelm neuer Kriege in sich tragen. Der Kongress sprach sich dann in einer einstimmig angenommenen Entschließung für die Schaffung eines internationalen Vereinigungsvereins der Frauen über die Vereinigung jeder Kriegsunterstützung aus. Zur Frage der Abrüstung wurde eine Resolution angenommen, wonach die von Mexiko vorgeschlagene Konferenz als ein Schritt vorwärts betrachtet wird. Der Internationale Frauensliga wird empfohlen, die Sanktionen aller auf der Konferenz vertretenen Länder aufzufordern, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß auf der Konferenz für die allgemeine Rüstungsklausel gearbeitet werde. Die Woche vor der Konferenz sollte als internationale Abrüstungswoche erklärt werden.

Sehr schön und anerkennenswert, aber solange die pazifistischen Frauen und Männer die Augen davor verschließen, daß die Frage der Abrüstung in untrennbarem Zusammenhang mit der Frage der Umwölbung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht, werden ihre edlen Worte und Proteste auf das Westigeschehen keinen Einfluss ausüben können. Uebeligen Scheint diese Erkenntnis allmählich auch bereits in diese Kreise einzudringen. Es wurde eine Resolution eingebracht, wonach die Mitglieder des Kongresses aufgerufen werden, für die Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf der gemeinsamen Arbeit aller beruht, einzutreten. Man hat aber leider nichts über das Schicksal dieser Resolution erfahren.

Wie lange noch „Arbeitsgemeinschaft Rößbach“?

Aus Mecklenburg-Schwerin wird dem Vorwärts berichtet:

Hier treibt die Arbeitsgemeinschaft Rößbach, Gau Hubertus, weiter ihr unrechtmäßiges Handwerk. Hubertusleute, die aus allen möglichen Landesteilen herangeholt sind, machen sich auf einer Anzahl von Gütern breit und gebären sich als die Herren des Landes.

Das gab den Anlaß zu einer sozialdemokratischen Interpellation, die durch den Genossen Ministerpräsidenten Steling, der sich ausschließlich auf amtliches Material stützte, beantragt wurde. Sie gibt ein erschreckendes Bild von der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Rößbach.

Der Ministerpräsident führte u. a. aus, daß durch die Landessendarmerie in drei Fällen, in Nostorf, Schwerin und Waren, Feststellungen über Werbungen für Oberschlesien gemacht worden seien. In sämtlichen festgestellten Fällen erfolgte die Werbung auf die Art, daß den jungen Leuten Versprechen gegeben und nähere Anweisungen erteilt wurden. Unter den Angeworbenen war auch ein Teil Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Auf Grund der polizeilichen Feststellungen haben das Justizministerium und das Ministerium des Innern gemeinsam einen Erlass an sämtliche Polizeibehörden und an die ersten Staatsbeamten erlassen, daß sie dem Verbrechen der unerlaubten Werbungen entgegenzuwirken haben. Der Erlass ist in der Tageszeitung „Sachsen-Anhalt“ veröffentlicht.

Gleichzeitig haben auf Veranlassung des Ministeriums des Innern Berlin bestimmte Ermittlungen zu Aussagen eines Oberleutnants geführt, der bis zum Frühjahr 1921 in der Arbeitsgemeinschaft Rößbach Kreisleiter der Kreise Lüneburg und Lübeck gewesen ist. Er hat ausgefragt, daß er umfassende militärische Instruktionen über die „Mobilisierung“ der ihm unterstehenden einzelnen Gütern untergebrachten Leute der Arbeitsgemeinschaft Rößbach erhalten hat, die er bei eintretenden „Unruhen“ durchzuführen gehabt hätte. In diesem „Mobilisierungsplan“ waren Brücken sprengungen und Geschützlieferungen durch die Reichswehrkavallerie Güstrow vorgesehen.

Bei dem Reichsministerium des Innern ist auf Grund der sich aus der Aussage des Oberleutnants u. a. D. Hartmann ergebenden Tatsache, daß aus dem Verhalten des Gau Hubertus der Arbeitsgemeinschaft Rößbach hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177/178 des Friedensvertrages

reicht, die Zustimmung zur Auflösung gemäß dem Gesetz vom 22. März 1921 beantragt worden. Das Reichsministerium des Innern hat mitgeteilt, daß in der Frage der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft erst in einigen Tagen nach Beendigung der hier angestellten Ermittlungen Entscheidung ergehen kann.

Wird die Reichsregierung nun etwas Schnelligkeit zeigen? Wird sie nicht nur schleunigst die Auflösung verfügen, sondern auch die Verfasset der Putschinstruktion vor den Richter bringen und den Verbindungen der Verschwörerbande mit der Reichswehrartillerie in Güstrow ernsthaft nachgehen?

Die schnell geräumte Waffenöhle.

Zu der Freitag wiedergegebenen Meldung von dem im Wald von Krahe bei Brandenburg entdeckten Waffenfund ist folgender Nachtrag zu vermerken:

Nach den näheren Ermittlungen handelt es sich um ein Waffenlager rechtschaffender Kreise. Als die zuständigen Landesjäger an die Waffenfundstelle kamen, um die Waffen abzuholen, fanden sie nur noch einige Rüste vor. Die beiden Leute, zwei Bauernjöhne, und die Reichswehrsoldaten Brüggemann und Jäbel hatten bis zum Eintreffen der Landesjäger bereits die meisten Waffen aus der Höhle fortgeschafft. Die Fortschaffung muß wohl aber mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen sein, da in der Nähe des Schießplatzes zerstreut einige Gewehre vorgefunden wurden. Die Untersuchung in diesem Falle wird auf Antrag der Potsdamer Regierung dem Landratsamt in Bezahl übertragen, da die Fundstelle der Höhle auf Bezahl-Behörder Gebiet liegt. Auch der Reichskommissar für die Entwaffnung ist sofort von diesem Funde in Kenntnis gesetzt worden.

Dass es möglich war, die meisten Waffen dieses doch außerordentlich großen Fundes so schnell wieder fortzuschaffen, muß doch sehr befremden. Offenbar hatten die Behörden keine große Hilfe, so daß die Fortschaffung des Hauptteiles des Fundes sehr gut möglich war.

Diese — sagen wir Lässigkeit der Behörden ist nicht nur in diesem Falle beobachtet worden. Sie zeigt besonders scharf, daß die Republik verloren ist, wenn die Arbeiterschaft sie nicht wachsam verteidigt. Waffenlager der Rechtsparteien sind in letzter Zeit mehrfach entdeckt worden. Und sicherlich gibt es noch viele unentdeckte und viele — langsame Behörden.

Die Freiheit der Reaktion.

Die schwarzrotgoldene Fahne beschimpft.

Bei der Grundsteinlegung eines Kriegerdenkmals in Trennen, Kreis Ostholstein, brach ein Riesentumult aus, als eine Anzahl Teilnehmer und Beitragszeichner neben der schwarzweissroten Fahne auch die schwarzrotgoldene hielten. Der Kriegerverein verlangte die Entfernung der republikanischen Farben. Der Redner, Pastor Diez, weigerte sich wegen des „verhafsten Lappens“ die Rede zu halten. Der Vorstand des Denkmal-Ausschusses legte sofort an Ort und Stelle sein Amt nieder. Damit die schwarzweissroten Feier nicht weiter entweichen werde, führten die schwarzrotgoldenen Teilnehmer mit Fausten auf die übrigen los. „Nieder mit der Berliner Judenfahne“, „nieder mit dem dreifachen Lappen“ war die Kampfansage. Was blieb den Republikanern übrig, als klein beizugeben. Sie brachten die Schwarzrotgoldene ins Spritzenhaus. Auch diese Anhaftung genügte den Schwarzweissroten noch nicht. So entkloss man sich denn, die Fahne der Eintracht auf freiem Felde zu verharren. Nun erfuhrte bei den erregten Gemeinsam die Ruhe wieder. Pastor Diez hielt seine Rede gegen Dolstoh und Judenregierung und die Feier nahm einen ihrer Veranstaeter würdigen Verlauf.

In Dithme haben kürzlich Arbeiter eine schwarzweissrote Fahne zerrissen. Sie werden dafür wegen Landstrafenbruch vor das Schwurgericht (!) gestellt. Dem Heldenpator aus Trennen und seinen Mannen wird wegen des gleichen Vergedens nichts geschehen. Das kann bei dem Stand der heutigen Rechtspflege mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Neue Orient-Abenteuer?

Die englische und französische Presse weisen mit grossem Nachdruck darauf hin, daß das Deutsche Auswärtige Amt, und vor allem die deutschen Militärs, wieder einmal aufs eigene Bereit sind, sich in neue militärische Abenteuer, viemal im Orient zu führen. Man hat offenbar nicht genug von der moralischen Verantwortung für die Armenterschlägereien, von der jammervollen Niederslage, die das östliche Abenteuer im Weltkriege gebracht hat, und begnügt sich deshalb für die Kemalisten, die seitdem Bundesgenossen Trotskis. Über 200 deutsche Offiziere befinden sich nach den Angaben der englischen und französischen Presse in der Armenie Mustafa Kemal Paschas. Es ist unrichtig, daß die offizielle Politik des Auswärtigen Amtes für dieses neue Abenteuer die Verantwortung trägt, wie die französische Presse vermutet. Aber es gibt unverantwortliche Elemente genug im Auswärtigen Amt, die für jeden noch so dummen Streich zu haben sind, wenn er nur nationalistischen und militärischen Charakter trägt. Die Presse der Entente tut sehr, wenn sie die offizielle deutsche Politik für die abenteuernden Offiziere verantwortlich macht. Die deutsche öffentliche Meinung aber hat die Pflicht, Herrn Rosen darüber aufmerksam zu machen, daß er in seinem Amt etwas nach dem Rechten steht, und seinen Referenten die Selbständigkeitsgesellschaft ein wenig beschneidet.

Der Selbstherrscher aller Preußen.

Ein tapferer Mann, der Herr Dominicus. Ihrwahr, als er noch nicht Innenminister in Preußen, dagegen Oberbürgermeister von Schöneberg war, bewarb er sich kleinlaut und beschämend um das Dektorat der juristischen Fakultät der Universität in Berlin. Allerdings mit dem Effekt, daß die Herren Professoren sich für keine juristischen Kenntnisse bestens bedankten. Jetzt ist er sozusagen das demokratische Prunkstück im preußischen Kabinett.

Er hält es für seine Pflicht, die große Enttäuschung der Sozialdemokratie, den Zentrumsarbeiter Minister Stegerwaldt an reaktionärer Gesinnung noch um einige Grade zu übertreffen. Er pfeift auf alle demokratischen Prinzipien und pfeift vor allem auf die Presse. Auf die Frage, ob er in der Tat den Erlah nach Schlesien gesandt habe, der geradezu eine Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Selbstschutzverbände darstellte, reagiert er mit stillschweigender Verachtung der Presse. Das ist schließlich zu ertragen, denn Herr Dominicus beweist damit nur, wie gering sein Verständnis von Regierungsgeschäften ist. Aber daß sich noch immer ein sozialdemokratischer Pressechef findet, der die Frechheiten dieses reaktionären aller preußischen Minister in der Öffentlichkeit verantwortet, das ist eine Täuschung, die man sich nicht deutlich genug ins Gedächtnis rufen kann.

Die Veruneinigten Kommunisten.

Die kommunistische Bergische Volksstimme veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende beide Beschlüsse einer Konferenz der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen und der Vertreter der Unterbezirke vom 9. Juli:

Resolution Gelsenkirchen:

„Der Genosse Schlößer ist im Interesse der Einheit der Partei sofort seines Postens zu entheben. Seine Vertretung als Redakteur der Bergischen Volksstimme Remscheid ist parteischädigend. Und da er erklärt, sein Verhalten nicht ändern zu wollen, ist dieser leichte Schritt gerechtfertigt.“ (Angenommen mit allen gegen drei Stimmen.)

Resolution Dortmund:

„Die am 9. Juli tagende Konferenz der Bezirksleitung Westfalen-Westfalen sowie der Vertreter der Unterbezirke und Reaktionen verlangt von der Zentrale, daß sie die schärfsten Maßnahmen trifft, um die parteischädigende Tätigkeit der Führergruppe um Levi zu unterbinden. Die Konferenz sieht in diesem Verhalten nicht nur mechanische Disziplinbrüche, sondern eine prinzipiell falsche politische Einstellung dieser Genossen.“

Ebenso verurteilt die Konferenz das parteischädigende Verhalten der Bergischen Volksstimme in Remscheid, wie es in dem Artikel: „Warum der Vorm?“ zum Ausdruck kommt.“ (Der erste Teil wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen.)

Die Redaktion der Bergischen Volksstimme ist deswegen in Ungnade gefallen, weil sie das Verhalten der Zentrale und der Roten Fahne kritisiert und gemahnt hat, „den Bogen nicht zu überspannen“.

Die Bergische Volksstimme verzweigt sich in einem den Resolutionen angefügten Urteil gegen diese beiden Resolutionen und bemerkt, daß im Unterbezirk Remscheid eine andre Meinung über die Haltung des Blattes bestehe. Jedenfalls sei mit diesem Beschluss noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der kommunistische Partitag zu Jena wird harde Arbeit haben.

Kommunistische Jugendspiegel.

Ein alter Wind wehte dem Unabhängigen Zeitungsdienst eins der vielen Schriftstücke (Geheimdokumente) der K. J. auf den Tisch, das ein treffliches Dokument der Rattenfängermethoden ist, nach welchen die kommunistische Jugend arbeitet. Das Schriftstück lautet:

Rundschreiben! Geheim! Nur an zuverl. Mitglieder.

Bielefeld!

Die K. J. muß ihr Kampfmerkmal der Bekämpfung der menschewistischen A. J. widmen. Dazu bietet sich Gelegenheit am Jugendtag in Bielefeld. Durch das Besuchen des Jugendtages sind die meisten Abteilungen ohne eigentliche Zeitung; diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen, daß wir uns Propaganda systematisch auf die A. J. beschränken. Es wird vor dem Jugendtag eine Werbewoche veranstaltet. Diskussionsabende werden intensiver als bisher befürchtet. Die sogenannte „Weimarer“ Richtung ist noch nicht gefährlich, aber die Mitglieder in der Partei müssen rücksichtslos bekämpft werden.

Folgende Richtlinien sind vorgeschlagen:

1. Einstellung von mindestens einem Vorstandsmitglied zur Bekämpfung der A. J.
2. Sofort laufende Verbindung mit A. J.-Abteilungen anknüpfen.
3. Feststellen, wieviel Gruppen der A. J. einer Bezirksgruppe der K. J. gegenüberstehen. Möglichst genaue Mitgliederzahl, wenn es geht Liste.
4. Mit den gewonnenen Vertrauensleuten in nähere Verbindung treten. Sofortige Lieferung von Material.
5. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, alle Rundschreiben, Berichte usw. der Leitung der A. J. zu übermitteln.
6. Wo Vertrauensleute noch nicht existieren, sofort der A. J. unbekannte Mitglieder in die Abteilungen senden und die Aufnahme in die K. J. bewerkstelligen.

Wir sehen also, daß die bei Partei- und Gewerkschaften versuchte Methode der Zellenbildung auch bei der Jugend Anwendung findet. Die kommunistische Jugend hat die Methoden schon bis zur Spitzelensendung fortgebildet. Auch das dürfte sie von den Alten gelernt haben. Es wäre auch befremdend, wenn das Sprichwort „Wie die Alten lungen...“ nicht auch in der kommunistischen Jugendbewegung seine Wahrheit bestätigte. Unsre Genossen haben also Ansatz. Augenmerk auf kommunistische Spione in ihren Organisationen zu haben.

Wilhelm muß doch Steuern zahlen.

Haag, 16. Juli. (DA.) Der Gemeinderat von Doorn hat soeben dem ehemaligen deutschen Kaiser, der gegen seine Heranziehung zu den Kommunalsteuern Einspruch erhoben hatte, einen Vertrag eröffnet, daß ihn niemand aufgefordert habe, sich in Doorn niederzulassen und er völlig freiheit habe, wenn es ihm in der Gemeinde nicht behagte, anderswo seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Zuvor habe er jedoch die 50 000 Gulden zu bezahlen, da er wie jeder andre Bürger der Gemeinde zur Steuerleistung gehalten sei.

Was wird der Ausreißer nun machen? Wird er Doorn verlassen, wo man ihn nicht als Halbgott betrachtet, sondern wie jeden andern Bürger zu den Steuern heranzieht?

Erfolge der griechischen Offensive.

Athen, 18. Juli. (Presse-Bureau) Die griechische Offensive schreitet regelmäsig fort. Jeder feindliche Widerstand ist überwunden. Griechische Flieger haben feindlichen Rückzug aus Kutahia festgestellt. Große feindliche Kolonnen befinden sich auf dem Wege nach Edirne-Schehr. In der Nordfront ist der Feind auf seine bestellten Stellungen bei Agathia und Kavalica zurückgeworfen. Die Türken befinden sich in ihren letzten Schützengräben bei Kutahia. Eine große Anzahl Kriegsgefangener und viele Kriegsgerät liegen in die Hände der Griechen.

Athen, 18. Juli. (DA.) Der griechische Heeresbericht meldet: Unsere von Tulu-Bunar vorstossenden und in nördlicher Richtung marschierenden Truppen haben den Fluß Cynarts überschritten. Sie besiegten Ermanit Dag und griffen im Süden von Kutahia die starkbefestigten feindlichen Stellungen an. In Ajin-Katahisar fanden wir ein vollgefülltes Munitions- und Lebensmitteldepot vor. Auf dem Bahnhof standen Getreidezüge in Flammen. Auf dem Rückzug plünderten und zerstörten die Türken die von Armenien bewohnten Häuser.

Weitere Depeschen aus Smyrna melden bereits die Besetzung Kutahias durch die Griechen.

Die angeblichen Forderungen de Baleras.

London, 18. Juli. (TU.) Die Haltung de Baleras in der Konferenz am nächsten Donnerstag scheint nunmehr festzustehen. Am Sonntag sind die Vertreter aus Ulster in London angelangt. Es werden keine direkten Verhandlungen zwischen Ulster und de Balera und den Sinnfeinen stattfinden. De Balera scheint Lloyd George davon überzeugt zu haben, daß die Domänen-Gemeinde für Irland das Beste wäre, aber nicht in der Form der Afrikafürsten, sondern der kanadischen. Ulster könnte hierbei eine Erweiterung seiner Selbstverwaltung erhalten. Es dürfte jedoch nur eine gesetzgebende Körperschaft in Irland bestehen. Weiter erklärte de Balera, daß er als Vertreter der weit aus größten Mehrheit von Irland allein berechtigt sei, die Bes

dungen mit Lloyd George festzulegen. Er trifft dafür ein, daß die Einigung zunächst vom Sinnfeiner-Parlament ratifiziert wird.

London, 18. Juli. De Balera gab eine Erklärung ab, in der er sagte, er habe nur eine Forderung aufzustellen, nämlich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der irischen Nation.

Ein Abkommen zwischen Sinnfeinern und Militärbehörden.

London, 18. Juli. (Reuter). Die Sinnfeiner und die militärischen Behörden in Irland haben ein Abkommen geschlossen, nach dem alle Beschränkungen für Messen und Märkte aufgehoben werden, wogegen die Sinnfeiner alle Bürger aufzufordern, mitzuhelfen, um die Straßen anzuflussen, andere Verkehrshindernisse zu beseitigen und die Böden wieder herzustellen, um die Abhaltung von Messen und Märkten zu erleichtern.

Gazetten und Kabinett Bonomi.

Aus Rom wird der Deutschen Allgemeinen Zeitung unter 15. Juli gemeldet:

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Faschisten und Sozialisten, Republikanern und christlichsozialen Arbeitern haben sich in den letzten Tagen derartig gehäuft, daß allgemein schwere Verluste laut wurden. In Treviso, dem Zenitum der christlichen Arbeitersorganisationen, ferner in Viterbo, Florenz, Turin, Modena, Padua kam es dieser Tage zu schweren mehrtägigen Gewalttätigkeiten. Die Faschisten treten in großer Stärke bewaffneten Verbänden auf. Die Herstellung des inneren Friedens und der Gewalttägkeiten scheint die Faschisten zu bestreiten. Bonomi bemüht sich um Lösung dieser Fragen, doch sind die Aussichten zweifelhaft.

Die italienische Regierung hat die energische Untersuchung des faschistisch-sozialistischen Bürgerkrieges beschlossen und in diesem Sinne den Exekutivbehörden strenge Weisungen erteilt. In Treviso haben auf Anordnung des Regierungskommissars bereits Massenverhaftungen von Faschisten stattgefunden.

Nach einer anderen Meldung sind die letzten Tumulte zwischen Faschisten und Kommunisten in Rom mit eiserner Strenge unterdrückt worden, so daß sozialistische Blätter sich daraus eine bedeutende Wandlung der parlamentarischen Lage zugunsten Bonomis versprechen sollen.

Spannung zwischen Polen und Russland.

Auf die schwarze Note Tschitscherins an Polen vom 8. d. M. in der die polnische Regierung der Unterstützung der antibolschewistischen Propaganda besticht und die Einziehung einer gemäßigten russisch-polnischen Untersuchungskommission fordert wurde, antwortete die polnische Regierung mit einer ebenso schwarzen Note, über deren Inhalt folgendes verlautet:

Warschau, 16. Juli. (O. E.) Die polnische Regierung weist die Vorwürfe über Verleumdungen des Rigauer Vertrages zurück und legt ihrerseits ein Register der Vertragsübertretungen durch die Sowjetregierung vor.

Im einzelnen führt die Antwortnote aus: Die polnische Regierung untersieht keine gegenrevolutionären Organisationen. Das Marchauer russisch-polnische Komitee Sawinow besteht nicht mehr. Die zu Feldarbeiten entlassenen Balakowitsch-Soldaten würden überwacht.

Die polnische Regierung erhebt ihrerseits Klagen gegen die Sowjetregierung, die vorsätzlich die kommunistische Provozananda betreibt. Danach liegt das Zentrum der gegen Polen gerichteten Umlaufarbeiten in der Sowjet-Ukraine. Das sogenannte kommunistische Revolutionstkomitee unter Marchlewski, das während des russisch-polnischen Krieges im Falle der Einnahme Warschaus die Herrschaft über Polen übernehmen sollte, sei nicht aufgelöst und verbleibt in Moskau noch immer Kurie für Ausbildung polnischer Rotgardisten, die sich aus polnischen Desertoren und Gefangenen rekrutieren.

Zum Schluß lehnt die Antwortnote die Forderung der Sowjetregierung, eine polnisch-russische Untersuchungskommission gegen russische Konterrevolutionäre auf polnischem Boden zu bilden, als unvereinbar mit der polnischen Souveränität ab.

Polnische Tellmobilisierung.

TU. Warschau, 18. Juli. Das polnische Amtsblatt verordnet für die polnischen Grenzbezirke im Osten die Aushebung der Jahrtausende 1888/89.

Mobilisierung in Russland?

London, 18. Juli. Reuter meldet aus Helsingfors, dort seien zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß die Sowjetregierung eine allgemeine Mobilisierung angeordnet habe. Man nehme an, daß die Maßnahmen entweder gegen Estland, Lettland und Litauen gerichtet oder zur Unterstützung der Kemalisten gegen die Griechen bestimmt seien.

Die Nachrichten über Sowjetrußland, die über Helsingfors kommen, sind erfahrungsgemäß die unzuverlässigen. Außerdem hat die vorliegende Nachricht sehr wenig innere Wahrscheinlichkeit für sich, da Sowjetrußland, das am Rande der Hungersnot steht, jetzt wirklich andre Sorgen hat als kriegerische Abenteuer.

Bela Kun verhaftet?

Lemberg, 18. Juli. (TU.) Wie verlautet, ist der ungarische Kommunistenführer Bela Kun auf dem Wege nach Lemberg durch die polnische Polizei festgenommen worden. Er hatte angeblich den Auftrag, die revolutionäre Bewegung in Galizien zu verstärken und eine Verständigung mit den ungarischen Kommunisten herzustellen. Durch seine Verhaftung sei die Polizei auf die Spur einer von Mostau aus geleiteten bolschewistischen Propagandazentrale in Lemberg geführt worden.

Béla Kun verhaftet.

Stuttgart, 18. Juli. Gestern wurde hier der von der Reichsregierung aus Halle a. S. ausgewählte österreichische Kommunist Dr. Stern, der sich unter dem falschen Namen Berger ausgab, samt seiner Frau verhaftet. Dr. Stern sollte die Redaktion des Stuttgarter Kommunistenblattes übernehmen. Diese Frau ist inzwischen wieder freigelassen worden. Wegen der Verhaftung sindigen die Kommunisten für morgen abend große Protestversammlungen an.

Berantwörth für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Berantwörth für den Inseraten Teil:

Friedrich Böller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Leipzig

Vergessen Sie nicht für die Reise

1 Tube Zahnpasta „No. 2

Amtliche Bekanntmachungen.

Vom 19. Juli 1921 ab kann die Marke C 11 der Sonderlebensmittelkarte für über 65 Jahre alte Verpflegungsberechtigte mit täglich 1/4 Liter Vollmilch weiter beliefert werden.
Leipzig, am 18. Juli 1921.
Gesundheitsamt.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I. Freitag, den 22. Juli 1921, abends 8 Uhr. Außerordentliche Bezirksversammlung im Promenadenhäuschen, Promenadestr. 31. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Heinrich. 2. Diskussion hierzu. 3. Neuwahl des 1. Bezirksvertreters. 4. Parteiangelegenheiten. Alle Genossen und Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen und Unterbezirk Markranstädt. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7.30 Uhr. Mittwochsversammlung in den Westendhallen, Blaumarkt, Blaumarktstraße. Tagesordnung: Bericht von der Landeskonferenz und ihre Stellungnahme zu der Gemeindeverfassungsreform. Ref.: Genosse Dr. Liebmann. 2. Ausdrache. Die Wichtigkeit dieser Ratskonferenz erfordert zahlreichen Besuch, auch der Genossinnen. [1] Der Bezirksvertreter.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.) Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr
Bezirksversammlung
für Anger und Reudnitz
in den **Drei Mohren**.
Tagesordnung: 1. Vortrag über Religion, Staat und Arbeiterschaft. Ref.: Gen. Paul Plotko. 2. Aussprache. 3. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.) Freitag, den 22. Juli, abends 7.30 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in Käfflers Festhalle.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Landesversammlung, anschließend Aussprache. 2. Parteiangelegenheiten. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Alle Beifälliger werden dringend erachtet, 1/2 Stunde vor Beginn der Versammlung mit Tourenkarten zu erscheinen. Der Wichtigkeit entsprechend, erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Metallarbeiter

Berband
Volkshaus, Gellertstr. 30, I.
Bürozeiten: Montags 8-10, Mittwochs 12-1, abends 4-6, Samstags 8-11, abends 8-11 Uhr. Tel. 5784. Eintritt nur bei Über 1000 Mark. Grußwürdigungen müssen neuen Antragstellung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Dienstag, den 26. Juli, abends 8.15 Uhr

General-Versammlung

im Volkshaus. Die Ortsverwaltung.

Schlaflosigkeit ein lebensunträglicher Zustand, besonders wenn es zu Gemütsdepression u. Selbstmordgedanken, zu Kopfschmerzen, Schwindel, Hochzad, Erregung u. völliger Unfähigkeit kommt. Ohne Schlaf ist der Mensch ein unglückliches Weinen. Wie lieber Schlaf u. heitere Stimmung, die törichten Gaben des Himmels, ohne schädliche Mittel wieder erworben werden, darüber spricht unter erfahrenem Praktiker, Herr Uhlig, morgen und Donnerstag, abends 7.30 Uhr, im Städtischen Haus, Bördehaus, 2. Tr. — Eintritt f. Nichtmitglieder M. 1.50. Gäste willkommen. Verein für Lebens- und Seelkunst "Reform" e. V.

Sofort vertilgt unter Garantie sämt. Brut Sofort gegenläufigt. **Kampolda Wanzen** bei Mensch und Tier für Wunden unschädlich. Verkauf nur Schlechterlei. 12; Gehlis, Neub. Hall. Str. 57; Auwald, Bimb., Telephon 17; H. Höhling, Rantische Gasse 7; Georg Bräuer, L. - Modau, Niedauer Straße 22.

Bruchleidende

bedürfen kein leidender Bruchhand mehr, wenn sie mein in Größe verhüllend kleines, nach Maß und ohne Federn, Tag und Nacht tragbares auf seinen Platz, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares, konkurrenzlos dastehendes ärztl. empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialität zu brechen in Leipzig am Freitag, dem 22. Juli, mittags von 1-7, u. Sonnabend, 23. Juli, morg. v. 8-11, im Hotel Sedan, Blaumarkt, Freitag, 22. Juli, 8-11, in Sohokuflitz, Bahnhof-Hotel Sonnabend, 23. 1-4, in Zwönitz, Hotel Konzerns mit Mutter soverwähnenden Bändern sowie mit Gummi- und Federn. Bänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwendbar. Rücker in Gummi-, Sängel-, Reis-, Umhän., Autovorfall- und Motorbahnvorfall-Binden, wie auch Geraedekoffer, Kramabstreifzüge und Gas-pensionen stehen zur Verfügung. Neben jahresmäher verhüllend auch gleichzeitig streng biscrete Bedienung. Anwendungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn Spezial-Bandagen- und Orthopädie-Fabrikation Konstanz i. B., Wellenbergrasse 15/17 — Tel. 515.

Industrie-Nach-	
Zinnis	10.00
m. all. Farb-, Lad. Zinnis milb.	
Streichierige Farben!	
Maschinenfarben	12.00
Gardinenfarben	15.00
Leinwandfarben	15.00
Abendfarben	17.00
Abendfarbenfarben	17.00
Denkartfarben, weiß	18.00
Farbenfarben, 1. Wunsch entf.	
Kreide, Leim, Zement	
Schellack, Politur u.	
Feist	
Möbelstraße 12	
Strahns, 1 u. 8.	

Herren-Kleidung

billig und gut.

Herren-Anzüge

jetzt M 175.- 245.- 310.- 370.- 395.- 485.-
jetzt M 520.- 530.- 540.- 610.- 675.- 775.-

Schlüpfer und Paletots

jetzt M 245.- 280.- 340.- 490.- 570.- 760.-
Herren-Hosen

* 17.- 39.- 47.- 62.- 69.- 76.- 80.- 89.- 98.-
115.- 135.- 150.- bis 205.-

Tennis- u. Strand-Anzüge

Jackett	M 96.-	106.-	114.-	175.-
Weste	M 42.-	44.-	46.-	70.-
Hose	M 68.-	74.-	80.-	130.-

Anzug M 206.- 224.- 240.- 375.-

Wasch-Joppen Lüstre-Sakkos Loden-Joppen

von M 49.- an von M 89.- an von M 85.- an

Westen Knaben-Anzüge Knaben-Joppen

von M 30.- an von M 39.- an von M 31.- an

Leibchen-Hosen Knaben-Mäntel Jünglings-Anzüge

von M 13.- an von M 58.- an von M 100.- an

Friedrich Treumann

LEIPZIG Rossplatz 1

Glaser Versammlung

im Volkshaus, Nebensaal rechts

Tagesordnung: Bericht über die nochmalige Verhandlung mit der Innung, endgültige Beschlussfassung darüber.

Die Lohnkommission.

Gamaschen ◊ Gürtel

von 50 Mark an von 1 Mark an
sehr solide Qualitätsarbeit

Erneut im Preise herabgesetzt

Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16

Zur Aufklärung!

In den Tageszeitungen werden fabrikmäßig hergestellte Schuhwaren ihr frische Füße sowie Einlagen für solche angekreiselt, die der jeweiligen Herstellung des Fußes nicht entsprechen können. Da sich selbst bei gefundenen Füßen vielfach Abweichungen ergeben, so können Fußbekleidungen zweckentwprechend nur bei dem Fachobildenden Schuhmachermeister hergestellt werden, wenn man Schäden vorbeugen oder beheben will.

Reparaturen, lachgemäß beim Schuhmacher vorgenommen, geben dem Sitzel die mehrfache Lebensdauer. Es schadet nie jemandem, wenn er sein Schuhwerk Pflichten überlässt, die es durch Eisenklöppel zwar für den Augenblicksbedarf berichtet, nach kurzer Tragdauer aber unbrauchbar machen.

Bedenken Sie sich daher im eigenen Interesse nur der Dienste des gelehnten Schuhmachermeisters.

Schuhmacher-Innung zu Leipzig.

Neue Haut

ersieht man schmetterlos, unmerklich für die Umgebung, durch die oohoo Vater-Philipp-Schälfut & 9 Ml. von Tuften-Labato-

rium, Dresden-Schachtw. 142, lädt Videt, Witless, Sommersprossen, Hautunreinheiten usw. ab, lädt anmutige junge Haut zum Vorwärmen kommen. Verkaufsstelle Prohms Flora-Drogerie und Engel-Apotheke.



MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN

AGTEIGESELLSCHAFT LEIPZIG-WAHRN.

Generalvertreter für Leipzig: Paul Hübner, Leipzig

Bayerische Straße 39. Telefon 11061.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, in der Leipziger Volkszeitung.

Ortsverein Alt-Leipzig. Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, treffen sich die Kinder zum Ausflug nach der Waldschänke.

Thonberg-Neuerndorf. Funktionäre und arbeitsfreudige Mitglieder, heute Dienstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, im Restaurant Alte Nr. 1, Reichenhainer Straße 2.

Funktionäre und Betriebsleute von Plagwitz-Lindenau-Schleißig. Mittwoch, den 20. Juli, abends 1/2 Uhr, Sitzung im Schloß Lindenfelde, blauer Saal, Eingang Hühnchenstraße.

Mildern. Funktionäre morgen Mittwoch, abends 1/2 Uhr, im Carolabad.

Teilnehmer der Kinder spiele treffen sich Donnerstag, den 21. Juli, abends 1/2 Uhr, Jugendheim, Braustraße.

Kindergruppe Mostau. Achtung, Kinder! Donnerstag Nachmittagsausflug für Kinder über 6 Jahre. Treffen um 1 Uhr an der Hermannstraße, 1/2 Uhr plötzlich wird dort abmarschiert. Bringt alle ein Trinkgefäß mit.

In den Ferien sollen Führungen durch den Zoologischen Garten stattfinden. Zu diesem Zweck liegen in den drei Ortsteilen (Alt-Mostau Konsum, Mittel-Mostau Hermannstraße, Neu-Mostau Konsum) Posten aus, in die sich nur Kinder über 10 Jahre einzeichnen können.

Eitern, macht eure Kinder auf die Veranstaltung aufmerksam und holtet sie dazu an, jede Veranstaltung zu besuchen.

Sozialistische Proletarjugend.

Die Spielerinnen des Ortsvereins.

Sommersfeld, Engelsdorf, Baasdorf. Die Kinder treffen sich morgen Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, auf der Spielwiese Engelsdorf zum Spaziergang nach Süden, die Gewissinen morgen Mittwoch, abends 1/2 Uhr, Ecke Lindenstraße und Althener Weg zum Ausflug nach Gasthof Althen.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Montag, den 25. Juli 1921, abends 7 Uhr, im Volkshaus, großer Saal, Versammlung. Vortrag des Genossen Paul Uermann-Stuttgart: Die Vertretung der Industrie und die Macht der Gewerkschaften.

Die Neugestaltung der Kranken-, Unfalls- und Invalidenversicherung. Über dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter Karsten-Heine in drei öffentlichen Volksversammlungen, und zwar am 26. Juli 1921 im Felsenkeller, am 27. Juli im Elisenium, Elisenstraße 72, und am 28. Juli in den Drei Villen, Neudahlgasse 1, abends 7 Uhr.

Gruppe I, Bank-, Handels- und Versicherungsgewerbe. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Volksversammlung im Volkshaus, Café Mitte. Vortrag über die neue Schichtungsordnung. Aussprache. Neuwahl des Gruppenrates.

Gruppe VII. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Metallarbeiter II, S. B. D. Donnerstag, den 21. Juli: Norden im Ridaausklang. Nach Arbeitschluß. Osten: Angerhülschen, Zweinaundorfer Straße. Nach Arbeitschluß.

Westen: Zwei Linden, Karl-Heine-Straße. Abends 7 Uhr. Zentrum - Süd: Süd Tunnel, Südstraße. Abends 7 Uhr.

Wichtige Sitzung. Kein Betrieb darf fehlen! Verbands- und Parteiausweis mitbringen.

Der Arbeitsausschuss.

Kommunistische Kampfesmethoden.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb müssen wir uns immer wieder mit den kommunistischen Kampfesmethoden beschäftigen. Als vor einiger Zeit in der Protestversammlung, die im Zoologischen Garten gegen die Ermordung des unabhängigen Abgeordneten Gareis stattfand, der Kommunist Heuke erklärte, die Kommunisten würden mit der übrigen Arbeiterschaft auch dann marschieren, wenn die Forderungen der andern Parteien den Kommunisten nicht weit genug gingen, da wurde bei vielen Arbeitern die Hoffnung gezeugt, daß der Anfang einer Besserung in dem Verhalten der Kommunisten eintreten würde. Genährt wurde diese Hoffnung noch dadurch, daß Heuke in dieser Versammlung außergewöhnlich nicht ein Schimpfwort gegen die USPD. aufbrachte. Aber schon einige Tage später änderte sich das Bild. Der Rote Kuriere rügte unzweckmäßig von der Haftung Heukes ab, und Heuke selbst trat zu Kreuze. Er ging, noch nicht eine Woche nach der Versammlung im Zoo, nach Marktstädt und hielt dort eine wütige Hetze gegen die USPD., in der er das ganze in Russland zusammengestellte Schimpfwörterlexikon gegen die USPD. herunterließ. Mit dieser Leistung wollte Heuke sich offenbar das durch seine Rede im Zoologischen Garten verlorene Vertrauen der kommunistischen Drahtzieher wieder gewinnen. Nachdem nun erst kürzlich in Mostau von den Führern der Dritten Internationale die Parole erneut unterstrichen worden ist, daß der Hauptfeind des Proletariats, die Menschheit und die gelben Gewerkschaften sind, hätte ja auch Heuke, wenn er seiner Auffassung vom Zoo treu geblieben wäre, keinen Platz mehr in der USPD.

Gehornt, wie die Unteroffiziere Moskaus in der deutschen Arbeiterbewegung sind, befogen sie die ausgegebenen Parolen so gut oder schlecht, wie sie können. Der Rote Kuriere strotzt von Schimpfwörtern, Ülgen und Verleumdungen gegen die USPD. Er will offenbar durch den scharfen Ton die aufseimende Erkenntnis der USPD.-Leute, daß das Proletariat gemeinsam zusammenstehen muß, in ihren Anklagen erdrücken. Zu diesem Zweck ist dem Roten Kuriere kein Mittel zu schlecht. Das wollen wir nur zwei Beispiele aus der Sonnabendnummer des Roten Kuriers zeigen. In einem Artikel „Der Rüsselkurm“ wird von den Führern der USPD. gesagt:

„Sie drängen sich eben nach gut bezahlten Posten im kapitalistischen Staat und lügen darin die Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber dem Proletariat.“

Wir wollen aus bestimmten Gründen, weil eben jetzt das Bürgertum gerade den Fall Rüssel zum Angriff benutzt, nicht deutlich werden, aber jeder Parteigenosse weiß, daß die Behauptung des Roten Kuriers gerade bei dem Amtshauptmannsposten am allerwenigsten zutrifft. In dem Artikel heißt es weiter:

„Man wird den bürgerlichen Beamten wohl recht geben müssen, wenn sie die Befähigung Rüssels anzweifeln.“

Aus Haf gegen den USPD.-Mann unterstützt hier der Rote Kuriere sogar die sabotierenden Beamten. Das nennt sich revolutionär!

In einem zweiten Artikel wird gesagt:

„Also, man wird jetzt nach dem Muster von Berlin, in jeder Versammlung der USPD. in Leipzig organisierte Knippergarden aufstellen.“

Jedes Wort der Befriedigung gegenüber diesem frechen Quatsch wäre dem Roten Kuriere zuviel Ehre angemessen. Es ist allgemein bekannt, daß in den USPD.-Versammlungen jede politische Ansicht vertreten werden kann, doch über gerade die Kommunisten in vielen Versammlungen der USPD. durch wütigen Lärm die Redner unserer Partei störten, und die Reden zu verhindern suchten. Freilich

haben es die Arbeiter jati, sich, ihre Partei und ihre Parteigenossen von den kommunistischen Freiklingen in schamloser Weise beleidigen zu lassen. Und das ist gut so! Wer seine sachlich abweichende Meinung nicht anders als durch persönliche Schimpfereien vorbringen und begründen kann, der verdient es nicht anders, daß die Versammlung ihn zur Sachlichkeit erzieht oder zum Abtreten auffordert. Diese Erziehungsarbeit an den kommunistischen Versammlungsrednern ist geradezu eine Voraussetzung für den Gebundungsprozeß in der Arbeiterbewegung, deshalb muß mit Nachdruck betont werden: die Kommunisten sollen die Möglichkeit haben, in unseren Versammlungen ihre politischen Ansichten zu vertreten, sie müssen aber gezwungen werden, persönliche Schimpfungen und Beleidigungen der Partei und einzelner Genossen zu unterlassen.

Ein solches Stück Erziehungsarbeit wurde auch am Sonnabend in einer Versammlung in Jena an den Kommunisten Burke aus Leidenschaft vollzogen. Die von der USPD. einberufene, gut besuchte öffentliche Einwohnerversammlung beobachtete sich mit der Verleierung der Lebensmittel und mit der Belastung durch die Steuern. Die Jenaer Kommunisten hatten sich Herrn Burke aus Leidenschaft bestellt, der sie gründlich blamierte. Schon während des Referats des Genossen Liebmann zog sich Burke durch allerlei blöde Zwischenfälle den Unwillen des größten Teiles der Versammlung zu. Burke sprach als erster Diskussionsredner. Er begann mit einer Beschimpfung des Versammlungsleiters und versuchte dann persönliche Angriffe auf den Referenten. Dabei erlebte das freche Schandmaul aus Leidenschaft eine gründliche Abfuhr. Aus der Versammlung wurde ihm zugesetzt: Sachlich, nicht persönlich! Burke wollte seinen Faden weiterführen, aber immer wieder erschallten die Jurufe: sachlich, sachlich! Schließlich mußte Burke versprechen, keine Beschimpfungen mehr vorzunehmen, erst dann konnte er weiterreden. Und was hatte nun Burke zu sagen? Er versuchte den Nachweis zu erbringen, daß die Firma Lipinski ihre Larven und Fäden und andern Kram teurer verkauft als ein Deutschnationaler, weshalb Herr Burke bei dem Deutschnationalen gelauft hat. Auch gegen diesen Schwachsinn wehrte sich die Versammlung, weil sie eine solche „politische“ Debatte nicht zur Tagesordnung gehörig betrachtete. Dann kam Burke zum Thema: „Die Not des Volkes ist nicht, wie der Referent gesagt hat, eine Folge des Krieges, sondern eine Folge der Unterwerbung des Ultimatums der Entente durch die USPD.“ Allgemeine Heiterkeit quittierte diese kommunistische Weltherr. Dann fuhr Burke fort sich zu blamieren: „Wir Kommunisten werden uns sehr überlegen, Mitglieder in unsrer Partei aufzunehmen, die von der USPD. kommen, wir werden diese Leute vor der Aufnahme sehr genau prüfen.“ Das entfesselte ein lärmisches Gelächter bei den Versammlten. Schließlich überwand Burke mit der Behauptung: „Die Rechtssozialisten und die Unabhängigen vertreten nicht mehr das Erfurter Programm, die Forderungen dieses Programms werden nur noch von den Kommunisten vertreten.“ Mit dieser Leistung würde der kommunistische Apostel wahrscheinlich von den russischen Aufpassern in der USPD. als Referent nicht mehr zugelassen, wenn — ja wenn die Herrschaften nur bessere Wortschriften hätten. Der nächste Diskussionsredner war der Kommunist Reinhard, der sich wunderte, warum denn die Arbeiter die Kommunisten nicht anhören wollten, obwohl sie es doch am besten mit den Arbeitern meinten. Dabei zeigte sich, daß Reinhard ohne Unterbrechung seine kommunistischen Ansichten vertreten konnte, womit der Beweis erbracht war, daß die Arbeiter gar nicht daran dachten, die Kommunisten an der Vertretung ihrer Ansichten zu hindern, daß sie es aber endlich falt haben, den widerlichen Kräfte der Kommunisten stillschweigend über sich ergehen zu lassen. Es folgte ein dritter Kommunist, der wieder nichts andres konnte, als die Jenaer Walzer vor den Füßen der USPD. herunterzuliegen.

Die Absicht der Kommunisten, das Schlüsselwort des Referenten zu verhindern, ist gründlich vorbeigegangen. Einige Kommunisten verließen den Saal, worauf ihnen höhnisch zugeschrien wurde, sie brauchten doch nicht so viel Angst vor einem Schlüsselwort zu haben. Dann beleidigte der Referent die Argumente der Kommunisten, wobei er die zutreffendsten kommunistischen Zwischenrufe der Räuberlichkeit der Versammlungsbesucher preisgab. Burke mußte sich sagen lassen, um loschen Blödsinn zu verzapfen und sich und seine Partei so zu blamieren, brauchte er nicht extra nach Jena zu kommen. Als der Referent sagte: „Mit solchen widerlichen Szenen, wie sie heute in der Protestversammlung gegen die Lebensmittelwucherer von den Kommunisten veranstaltet worden sind, machen die Kommunisten nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch den Interessen ihrer Partei, denn kein verständiger Arbeiter wird sich einer solchen Partei anschließen, da unterstrichen die Kommunisten dies mit „sehr richtig“ und durch demonstrativen Beifall.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind die Jenaer Unterschichter zunächst nicht von ihren Methoden abzubringen. Die Arbeiterkraft kann sich aber in den Versammlungen gegen die kommunistischen Beschimpfungen wehren. Das muß geschehen. Dann werden sich die kommunistischen Kampfesmethoden auch sehr bald bei den Anhängern ihrer Partei abwirken, die jetzt noch auscherlicher Überzeugung Mitglieder der USPD. sind.

Löhne unter der Erwerbslosenunterstützung.

Mit welch niedrigen Löhnen die deutschen Arbeiter abgespeist werden, zeigt die Tatsache, daß die Söhne der Erwerbslosenunterstützung in einigen Fällen zusammen mit den Familienzulagen den Arbeitslohn übersteigen haben. In andern Gemeinden haben sie den Lohn weniger als ein halbes Jahr erreicht. Es stellt dies eine Verfolgung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister fest. Es sind deshalb in Preußen die Regierungspräsidenten und der Oberpräsident in Berlin darauf hingewiesen worden, daß die vorgelegten Sätze dieser Unterstellung höchstens und daß die Gemeinden nicht verpflichtet sind, diese Sätze für ihren Besitz in Geltung treten zu lassen. Es bleibt jeder Gemeinde unbenommen, neue Sätze einzuführen, die unter den Höchstlöhnen bleiben, wenn die Verhältnisse besonders ungünstig liegen und die Höchstlöhne offensichtlich nicht am Platze sind. Die bisherigen Höchstlöhne bleibend bis zum 31. Juli in Geltung. Das vorläufige Ortsklassenverzeichnis darf aber nicht zugrunde gelegt werden.

Die Arbeitslosen in Preußen sollen also geprillt werden. Das Reich beläßt Sätze, aber in Preußen brauchen sie nicht in Geltung zu treten. Höchstens wird dies schief eingeschrieben und die Reichsgebetgebung in Zukunft dafür sorgen müssen, daß die Einzelstaaten nicht derart Schindluder mit den Erwerbslosen spielen können. Die Tatsachen aber, daß in einigen Fällen die Erwerbslosenunterstützung den Bettelsohn überschreitet, beweist, wie groß die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Deutschland ist. Wenn sie nicht in geschlossener Front zu einer Offensive gegen das Kapital vorgeht, wird sie noch tiefer herabgedrückt. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

Die proletarische Frau.

Immer wieder stellt die Statistik fest, daß die Krankheitshäufigkeit bei der erwerbstätigen Frau größer ist als beim erwerbstätigen Manne. Nicht nur die Zahl der erkrankten Personen ist immer höher, sondern auch die Zahl der Krankheitstage ist größer als beim Manne. In noch schlimmem Maße als bei der körperlich schaffenden Frau tritt dieses Verhältnis zutage bei den geistig tätigen Weiblichen. Hier ist die gesundheitliche Lage doppelt so schlecht als beim Manne, wie statistisch

Untersuchungen an Lehrern und Lehrerinnen in Stettin, Kiel, Mainz, München, Hamburg und Magdeburg beweisen haben. Trotzdem bestehen gerade diese intellektuellen Frauen das geringste Verständnis für die proletarische Bewegung. Aber auch die arbeitenden Frauen stehen unserm Kampfe noch viel zu lässig gegenüber. Sowohl sie beruflich tätig sind, haben sie ja wohl die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenkommens mehr als früher erkannt, doch sieht es noch recht dunkel aus im Reiche der proletarischen Hausfrauen. Sie kennen keinen Arbeitsunfalltag, und wenn die Gewerbehygiene einmal ihre Arbeitsbedingungen feststellen würde, dann würden traurige Zustände offenbar werden. Über um die proletarischen Hausfrauen lämmert man sich nicht. Während alle weiblichen Berufe statistisch erfaßt sind, fehlt uns jede Statistik, die die proletarischen Hausfrauen behandelt. So bleiben diese Krankheits- und Sterblichkeitsziffern dieser Frauenzunft auch weiter einseitlich vom Schleier der wissenschaftlichen Unfähigkeit bedeckt, weil die Frauen selber nicht tätig sind, weil sie ihre Vorschriften, statt daß sie es durch den proletarischen Kampf zu verbessern suchen.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Das am 7. d. M. vom Reichstage verabschiedete Gesetz, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, bringt im Hinblick auf das Sintern des Geldwertes einige wesentliche Verbesserungen für die Wochnerinnen. Der Beitrag zu den Entbindungsosten ist für alle Wochnerinnen von 50 auf 100 M. erhöht worden, das Wochen- und das Stillgeld für die Familienangehörigen der Versicherten und für die Wochnerinnen, die mangels einer Wochenhilfe aus der Krankenversicherung Wochenfürsorge aus Reichsmitteln erhalten, ist von täglich 1,50 M. oder 7 Pfg. auf 3 M. und 1,50 M. verdoppelt worden. Bei den selbstversorgenden Wochnerinnen ist eine allgemeine Erhöhung unterblieben, da sich ihr Wochen- und Stillgeld nach der Höhe des Grundlohnes richtet. Jedoch sind auch hier die Mindestbezüge herausgesetzt worden. Ferner will das Gesetz den Wochnerinnen aller drei genannten Gruppen ärztliche Behandlung sichern, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Die Durchführbarkeit dieser Vorschriften hängt indessen von der Regelung des Gesamtverhältnisses zwischen den Arzten und den Krankenkassen ab, wegen deren zur Zeit die Verhandlungen noch schwiegen. Dementsprechend ist das Inkrafttreten dieser Vorschriften der Bekämpfung durch den Reichsarbeitsminister überlassen. Bis dahin wird der Wochnerin die Behandlung für die Anziehung von Arzt oder Hebammme, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich ist, weitergewährt, und zwar in Höhe von 50 M. statt der bisherigen 25 M. Den Familienangehörigen der Versicherten soll die Wochenhilfe fortan auch dann zustehen, wenn die Entbindung innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt. Das Gesetz erweitert außerdem den Kreis derjenigen, welche als minderbemittelt Anspruch auf Wochenfürsorge haben. Als minderbemittelt hat längst eine Wochnerin zu gelten, wenn in dem Kalender- oder Steuerjahr vor der Entbindung ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen oder sofern sie allein steht, ihr eigenes Gesamteinkommen den Betrag von 10 000 M. zuzüglich 500 M. für jedes schon vorhandene Kind nicht übersteigt. Bisher bezogt diese Einsparungsgrenze statt 10 000 M. nur 4000 M. Absehbar von der oben erwähnten Vorschrift über die Gewährung ärztlicher Behandlung bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden soll das Gesetz mit seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft treten.

Kinder kommt zum Singen!

Für das kommende Gewerkschaftsjahr ist eine größere Aufführung unserer Kinder vorgesehen. Neben den Tänzen und Reigen, die schon fleißig in den Kindergruppen eingebüttet werden, ist der Gesang drei schöner Kinderlieder gedacht. Gewählt sind die bekannten: Reichtum verschwindet und Schönheit vergeht — Drunter im Unterland — Hab Sonne im Herzen — die dazu notwendigen Gesangproben beginnen morgen Mittwoch, nachmittags 1/2 Uhr, im Gartenaal des Volkshauses. Allen Kindern, die Lust am Gesang haben, erhalten dort die Liederbüste. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder auf die Aufführung hinzuweisen und nach dem Volkshaus zu schicken.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Schulnachrichten. Der für den Elternrat der 3. Volkschule tätige Arbeitsausschuß hat beschlossen: 1. Montag, den 22. Aug., eine Zusammensetzung der zu Ostern aus der Schule kommenden Mädchen und ihrer Eltern zur Ausklärung über die Berufswahl zu veranstalten; 2. zwischen den Sommer- und Herbstferien ein Schulfest abzuhalten; 3. den Kindergarten zu organisieren; 4. planmäßig die Eltern über den Arbeitsschulgedanken aufzuklären.

Die Geschäftsstelle „Stadt Kinder auf Wand“ sendet in diesem Jahre gleich dem Verein für Ferienkolonien nahezu 90 Prozent der ausgewählten Kinderkolonieweise aus. Als Aufnahmetstellen kommen, wie uns mitgeteilt wird, in Betracht: Ostseebad Müritz, Wiek auf Rügen, die Landesanstalten Sonnenstein bei Pirna und Untergörlitz im Vogtländchen, sowie die Stadt Kohren. Es sind bereits ausgesetzt worden: 2112 Kinder und werden im Laufe des Sommers und Herbstes noch ausgesetzt werden: 684 Kinder. Erfreulicherweise können nahezu alle Vorschläge der Schulen und städtischen Fürsorgestellen Berücksichtigung finden, nur betrifft der Zeit der Aussendung können manche Wünsche nicht erfüllt werden, da wir auch außerhalb der Ferien die Aufnahmetstellen besetzen müssen. Der Verein für Ferienkolonien hat in diesem Jahre seine Tätigkeit schon zeitig begonnen und bereits mit Beginn des Frühlings die ersten Kinder ausgesetzt. Zu Beginn der Ferien hat er im ganzen 15 Kolonien gebildet, von denen 4 in Grünthalde im Vogtländchen und je 1 in Döben an der Mulde und Wettingrund im Weißeritztal untergebracht sind. Außerdem wurden folgende Berg- und Landgärtchen mit je 30 bis 45 Knaben belegt: Wilsdruff-Amtshauptmannschaft Stollberg, Breitenbrunn bei Johanngeorgenstadt, Giegengrün bei Riesbach, Hellendorf bei Orlamünde, Klinthalde bei Zwönitz, Kuhlschnappel bei St. Egidien, Schönbach, Strand an der Orla, und Wendisch-Rottmannsdorf Amtshauptmannschaft Zwönitz. Der Verein hat in diesem Jahre bis jetzt untergebracht: 1000 Kinder und geht noch auszusenden: 450 Kinder.

Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig. Donnerstag, den 21. Juli, abends 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Volkshaus-Café. Vortrag: Bericht vom Verbandsitag und Eröffnungswahl steht auf der Tagesordnung, weshalb zahlreiches Erscheinen gewünscht wird.

nicht mehr übergeangen werden können. Stattdessen geht nun das hin zu arbeiten, doch alte Fehler gutgemacht werden, sieht fest, dass die Herren Thiel und Lambach, wie auch andere Führer der Gewerkschaftsbünde (G. d. A. und G. L. V.) reichlich Auskunftsarbeit geleistet haben, um die Standesversicherung unter allen Umständen zu erhalten. Sie wollten die Novelle im Reichstag schnell durchsetzen, ohne die Angestellten vor den ungewöhnlichen weiteren Belastung zu hören. Das wurde durch die Massenmärsche im Reichstag verhindert. Jetzt gilt es, die Massen aufzuhören.

Mordstein zeigt dann die hohen Aufwände für verhältnismäßig geringe Leistungen. Die Führer der Gewerkschaftsbünde haben erklärt, ihre Mitglieder könnten und würden die neuen Lasten gern tragen. Der Redner zeigt an Hand von Beispielen, wie hoch die Verwaltungskosten hinausgeschossen sind (von etwa 2 auf rund 20 Prozent) und wie das vielgepreiste Selbstverfahren nur eine geringe Leistung bei dem großen Vermögen darstellt (17 Mill. Mark für Leistungen bei etwa 900 Mill. Mark Vermögen). Während die Invalidenversicherung bei 15 Mill. Versicherten 3000 Beamte beschäftigt, arbeitet die Angestelltenversicherung bei 1½ Mill. Versicherten mit 4000 Beamten. Trotzdem könnten nicht einmal Kontenauszüge zwecks Kontrolle der abgelieferten Beiträge erhalten werden. Und das bei einer Verstärkung, von der die Direktion selbst berichtet muss, dass nur ein Viertel der gemeldeten Arbeitgeber die Beiträge ordnungsgemäß abliefern.

Der Redner stellt fest, dass die angekündigten Beiträge durchaus nicht jene neue gewaltige Steigerung der Beiträge erforderlich. Es könnte jedoch nicht nur, gegen die Beitragssteigerung, die die Angestellten unmöglich bei ihrer traurigen Lage ertragen könnten, Front zu machen, sondern es müsste grundsätzlich die Beleidigung der bestehenden Versicherung auf dem Gebiete der Sozialversicherung verschwinden. Nicht Aufrechterhaltung der Standesversicherung, sondern Eingliederung in die gesamte Arbeitnehmerversicherung Deutschlands sei die Forderung.

Müller (Bulah) knüpft an die Ausführungen Mordsteins an und zeigt, dass die Angriffe auf die Tatsachen der Angestellten nicht nur auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung, sondern auf allen Gebieten unternommen würden. Er erinnerte an die kommenden Preisseigerungen im neuen Erntejahr und die bevorstehende Steuerpläne. In dieser Situation glaube das Unternehmertum offen und verdeckt zum Abbau der Gewalt über. Beispiele liegen aus der Metallindustrie im Münden und nicht zuletzt in Leipzig vor. Dem geschickten Vorgehen der Unternehmer, die sich auch besonders der Einwirkung der sozialen Presse bedienten, müsse in ersten Aktionen entgegengesetzt werden. Angeschlagenen würden aber nicht papierne Proteste, sondern das Unternehmertum mit dem Gedanken, es sei erst ein Lohn- und dann ein Preisabbau durchzuführen. Hier zeigte der Referent, wie nicht die Lohnsteigerungen bei Kriegsbeginn, sondern die Preisseigerungen bei vielfach herabgesetzten Löhnen den Anfang zu den heutigen Zuständen gebracht hätten. Er geht dann darauf ein, dass die Unternehmer versuchen, tariflose Zustände zu schaffen und dabei den Angestellten durch individuelle Regelung ihrer Bezüge nachstellen möchten, dass der Organisationsgedanke ein unnützer sei. Auch die Frage der sozialen Leistungen wird gestreift, doch könnte hierauf nur eingegangen werden, wenn den Arbeitnehmern genügende Sicherung geboten sei. Hier jedoch zeigten sich die Unternehmer völlig ablehnend. Sie seien viel lieber zur Durchführung großer, das Wirtschaftsleben gefährdender Kämpfe, bereit, als den Arbeitnehmern entgegenzutreten. Die Antwort der Arbeiter könne nur im starken, freigewerkschaftlichen Zusammenschluss zwecks Überwindung der bestehenden Wirtschaft sein. Es wurde dann zur Angestelltenversicherungsnovelle eine Entscheidung an den Reichstag gegen wenige Stimmen ohne Diskussion angenommen und hierauf vom Vorsitzenden Allem die vorzüglich verlaufene Versammlung geschlossen.

Schiedsgericht für den Leipziger Großhandel.
Der Schiedsgerichtsurteil Leipziger hat am 15. Juli 1921 folgenden Schiedsgerichtsurteil gefällt: Die nach dem Tarifvertrag für den Leipziger Großhandel zu zahlenden Mindestgehälter erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Juli 1921 um 10 Prozent für ledige männliche und weibliche Angestellte und um 15 Prozent für verheiratete Angestellte. Die Aufwandsentschädigungen des Lehrlings betragen ab 1. Juli 1921 100 Pf. im ersten, 150 Pf. im zweiten, 250 Pf. im dritten Lehrjahr. Die Lehrlinge haben dem Schiedsgericht unterzuwerfen. Innerhalb weiterer zwei Wochen kann für den Fall, dass eine Partei den Schiedsgericht nicht anerkennt, dessen Verbindlichkeitserklärung durch den Herrn Demobilmachungscommisar beantragt werden.

Die Sperre über die Großfeilsherei Mar Ufer & Co. ist aufgehoben. In einer Verhandlung mit den Inhabern der Firma wurden alle Streitfragen richtiggestellt und gelöst. Durch die Rechtstellung sind alle Differenzen beigelegt.

Handarbeiterstreik in Pommern. Auf fünf Gütern des Kreises Greifswald ist seit Freitag ein Handarbeiterstreik im Gang.

Zuban Zigaretten

Mundgeruch verschwindet durch
„Solidento“

Kombella-Zahnpasta

Tube 2.— und 3.60 in allen einschlägigen Geschäften, doch lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es ist zu Ihrem Schaden.

Am 13. Juli verstarb unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Martha Kollrich

Ihr offenes ehrliches Weinen sowie kollegiales Verhalten bewahrte sie ein ehrendes Gedenken.

Das Personal der Buchbinderei B. G. Teubner.

In Kahl o. M., wo sie bei ihren Kindern zur Erholung weilte, entstieß nach langem schwerem Leben am 17. Juli im 58. Lebensjahr meine innigste geliebte Frau, unsere treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Edu Ida Hoffmann geb. Leber

o. Lindenau u. Kahl, den 17. Juli 1921

In tiefstem Schmerze zeigt dies hierdurch an Mauerpolier Heinrich Hoffmann im Namen der Hinterbliebenen.

Beerdigung nach Überführung auf Lind. Friedhof.

Augenarzt Dr. Unger zurück!

11—1 u. 3—5 Uhr. Ferdinand-Rhode-Str. 31.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben unvergleichlichen Tochter

Anna Dathe

lassen wir allen lieben Verwandten und Bekannten für die zahlreiche Teilnahme und den Blumenstrauß herzlichen Dank. Besonders Dank dem ne amten Beamten- und Arbeiterverein der Firma Atlaswerke in Leipzig-Stötteritz, Schönbachstraße, für die tatkundigen Beweise seiner Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter.

L.-St. 12. Karl-Hörting-Straße 12
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters

Friedrich Karl Boost

lassen wir allen für die aufzürige Teilnahme unseren herzlichen Dank. Dem Familienverein, Gartenverein, Hausbewohner und Arbeitskollegen, sowie der Firma Stöhr & Co. sei ganz besonders gedankt.

L.-Grossschöner, den 19. Juli 1921.

Frau Emilia vorw. Boost

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Am 17. Juli, nachmitt. 1,5 Uhr, verließ unsere liebe gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau

Henrietteverw. Oehmichen geb. Kelscher

in ihrem 69. Lebensjahr. Sie folgte ihrer Tochter Helene 6 Wochen später nach. In tiefer Trauer

L.-Kleinischöner, Kreuzigerstr. 18, pt.

Familie Artur Volgt nebst Hinterbliebenen.

Gedächtnisfeier Mittwoch, den 20. Juli, vormittags

11 Uhr, in der Kapelle des Südbahnhofes.

Am 13. Juli verstarb unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Martha Kollrich

Ihr offenes ehrliches Weinen sowie kollegiales Verhalten bewahrte sie ein ehrendes Gedenken.

Das Personal der Buchbinderei B. G. Teubner.

In Kahl o. M., wo sie bei ihren Kindern zur Erholung weilte, entstieß nach langem schwerem Leben am 17. Juli im 58. Lebensjahr meine innigste geliebte Frau, unsere treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Edu Ida Hoffmann geb. Leber

o. Lindenau u. Kahl, den 17. Juli 1921

In tiefstem Schmerze zeigt dies hierdurch an Mauerpolier Heinrich Hoffmann im Namen der Hinterbliebenen.

Beerdigung nach Überführung auf Lind. Friedhof.



Zuban Zigaretten nur aus reinen edlen Orienttabaken



Arbeitsmarkt

20 Arbeiterinnen
für Erntearbeiten gegen Bar und Deputats-
lohn sucht

Rittergut Köschlich bei Schleinitz.

Handlungshelfe

zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerber muß Mit-
glied des Arbeiterturn- und Sportbundes sein.

Schriftliche Bewerbungen
erbetet

Arbeiterturnverlag U. O.

Leipzig, Fichtestrasse 36.

Geher- und Lehrling

Stereotypen- Lehrling
sucht vor sofort oder später

Deutsch Druck- und Verlags-
haus, Stött., Mellescherstr. 7.

Sofort gelucht an Kond. Mödl.

17—18 Jahr, f. Grünw.-Gefü-
h. o. L. u. Kond. Str. 66. L.

Stoff. Schuhungen für Wegebe-
förderung gesucht. Böhmer,

Mosau, Leonhardi, 11, pt.

Dr. Schulmöbel, nachm. p. Kind-
fahrt, tel. Dimpfelstr. 14, I. pt.

Verhäuser

Uhren! Revolution

Verkäufe jetzt billig

ausgehende, sehr hohe

Verrennen in Goldrand,

gold verziert. 46.4

Stahl mit Küpfe. 75.4

hohe Baby-Weder 39.4

feinstes Gelegenheitsläufe.

Walther Lor

Johannissalle 15.

Bon Herrschalten!

wenig gelt. Herren- u. Damen-

Garderobe, Kötume, Kleider,

Mäntel, Röcke, Blus., Schuhe,

Bettwäsche, Federbett, abfl.

Preis. Kond. Steinweg 26, I. L.

Spottbillig Getragene und neue Anzüge

Anzüge

105.— Mk.

Wadewitz

Billige Schränke. Neu!

300, 450, 500—1200 Mark.

Vind., Merseburger Str. 62.

Alles fault Blaumühler

460 M. Kleiderschränke

mod. u. aut. Schmiedestr. 7.

Kleiderschrank u. Chaiselongue

o. Go. Schleinitz Str. 28, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Küche 375. Blaumühler. Bettst.

m. M. u. Kavellent. 9a, pt.

Küche — Schlafzimmer

o. Bl. Guotmuthstr. 10, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Küche 375. Blaumühler. Bettst.

m. M. u. Kavellent. 9a, pt.

Küche — Schlafzimmer

o. Bl. Guotmuthstr. 10, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Küche 375. Blaumühler. Bettst.

m. M. u. Kavellent. 9a, pt.

Küche — Schlafzimmer

o. Bl. Guotmuthstr. 10, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Küche 375. Blaumühler. Bettst.

m. M. u. Kavellent. 9a, pt.

Küche — Schlafzimmer

o. Bl. Guotmuthstr. 10, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Küche 375. Blaumühler. Bettst.

m. M. u. Kavellent. 9a, pt.

Küche — Schlafzimmer

o. Bl. Guotmuthstr. 10, I.

Gebr. Küchen-Schränke, gutb.

vt. Johannis-Ull. 3, neub.

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

X.

All dieses und noch andres berichtete Peter in dem Glauben, er sei jetzt, unter dem Schutz der Behörden, völlig sicher. Nach zwei im Spial verbrachten Monaten jedoch wurde er eines Tages ins Bureau gerufen, wo Gussen stand und ihn voll schwarzer Wut anstarrte. „Sie verdammter Esel!“ waren Gusses erste Worte.

Peters Knie knickten ein, seine Zähne schlugen gegeneinander. „Wie?“ rief er.

„Sagte ich Ihnen denn nicht, Sie sollten das Maul halten?“ Gussen lachend, als wolle er abermals Peters Gesicht umdrücken.

„Herr Gussen, ich habe seiner Menschenseele ein Wort gesagt, habe über den Fall Goobers sein einziges Wort gesprochen.“ Sturzsturzartig lamen Peters Proteste, aber Gussen fiel ihm ins Wort:

„Halten Sie das Maul, Sie Narr. Vielleicht haben Sie nicht über den Fall Goobers geredet, jedenfalls aber haben Sie von sich selbst gesprochen. Haben Sie nicht jemandem erzählt, Sie hätten mit Kalandra gearbeitet?“

„Ja, Herr.“

„Und Sie wissen, daß die Polizei ihn holt und auch Sie?“

„Ja, Herr.“

Außerdem haben Sie erzählt, daß Sie wegen des Verkaufs illegaler Medizinen verhaftet worden waren?

„Ja, Herr.“

„Allmächtiger Gott!“ rief Gussen. „Was glauben Sie denn, daß Sie jetzt noch als Zeuge wert sind?“

„Aber“, stöhnte Peter verzweifelt. „Ich habe doch nichts gesagt, was irgendwie schaden könnte. Hab bloß...“

„Was wissen denn Sie, was zu schaden vermag“, brüllte der Detektiv und sprangte einen Sturm fürchterlicher Flüche heraus. Die Goobers hatten uns Spione in den Räumen gesetzt, haben sogar hier im Gefängnis einen Spion. Jedenfalls wissen sie alles über Sie und Ihre Vergangenheit. Ihr blödes Geschwätz hat uns ruinieren.“

„Mein Gott“, flüsterte Peter mit ersterbender Stimme.

„Stellen Sie sich doch Ihre Person auf der Zeugenbank vor. Bedenken Sie, wie man Sie vor den Geschworenen bloßstellen würde! Als Schwindler mit gefälschten Medizinen durchs Land reisen, wegen Betrug eingesperrt werden! Helfershelfer des verdammten Schurken Kalandra.“ Und Gussen fügte noch elische durchbare Worte hinzu, die die abschrecklichen Väter charakterisierten, deren der Prophet beschuldigt worden war. „Und Sie sind in all dies verwickelt!“

„Ich habe nie so etwas getan!“ rief Peter wild. „Wußte nicht einmal etwas Gewisses um diese Dinge.“

„Erzählen Sie das den Geschworenen, höhnte Gussen. Die Leute sind sogar beim Schuster Smithers gewesen, werden seine Frau als Jungfrau anführen, daß Sie ein gemeiner Dieb sind und von ihr fortgejagt wurden. All dies, weil Sie nicht imstande waren, mir zu gehorchen und das Maul zu halten.“

Peter brach in Tränen aus. Er fiel auf die Knie, beschwore, er habe nichts Unrechtes tun wollen, habe nicht gewußt, daß er nicht über sein vergangenes Leben reden dürfe, habe nicht gewußt, was es bedeute, ein Zeuge zu sein; wie sich ein Zeuge zu verhalten habe. Man habe ihm bloß befohlen, nicht über den Fall Goober zu sprechen, und diesen Befehl habe er getreulich befolgt. Aber Peters Tränen und Flehen waren vergeblich. Gussen stieß ihn ins Loch zurück, erklärte, er werde beweisen, Peter habe die Bombe geworfen, Peter und nicht Jim Goober sei das Haupt der Verschwörung gewesen. Heute denn Peter nicht ein Beleidnis unterschrieben, in dem er erklärte, er habe geholfen, die Bombe zu fertigen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das städtische Schauspiel.

Von zwei Seiten ist unternommen worden, meinen Ausschlag über das städtische Schauspiel (in der Nummer vom 24. Juni) zu ergänzen und zu berichtigten: vom Arbeiterbildungsinstitut (am 30. Juni) und vom Theaterausschuß des Bezirkslehrervereins Leipzig-Land (am 5. Juli).

Zwischen dem Arbeiterbildungsinstitut und mir besteht im wesentlichen Übereinstimmung; Uneinigkeit besteht in der Beurteilung dessen, was das Institut bisher geleistet, und der Art, wie es bis vor kurzem das Ziel zu erreichen ver sucht hat. Um an einem Beispiel zu zeigen, worum es sich hier handelt, stelle ich zwei Tatsachen gegenüber. Während der Schillerverein zu Beginn des neuen Theaterjahres ein, wie man zugeden muß, diesmal glänzendes Programm von zweimal sechs Neustudierungen und Erstaufführungen hat veröffentlicht können, beschränkt sich das Arbeiterbildungsinstitut bis jetzt darauf, im allgemeinen ein Programm zu verhängen, das bestredigen werde. Das scheint mir nicht der Bedeutung des Arbeiterbildungsinstituts zu entsprechen. Ich hoffe, daß es künftig zu Beginn einer neuen Spielzeit mit ähnlich bestimmten Angaben wird hervortreten können wie der Schillerverein. Dazu ist aber erforderlich, daß das Arbeiterbildungsinstitut ein engeres Zusammenarbeiten seiner Vertreter mit der Theaterleitung herbeiführt als bisher. Bis vor kurzem hat das Arbeiterbildungsinstitut mit dem Theaterbüro, nicht mit dem Schauspieldirektor verhandelt, und daraus erkläre ich gewisse Missgriffe weit einfacher als durch „Zwischenfälle“. Wenn z. B. das Arbeiterbildungsinstitut im ganzen letzten Theaterjahr keine einzige Aufführung der Canbala hat ermöglichen können, die doch für die Theatergemeinde SVD gegeben worden ist, so trägt nicht Krankheit der Hauptdarstellerin daran die Schuld, und die Aufführung wäre zu ermöglichen gewesen, wenn das Arbeiterbildungsinstitut sich nicht mit einem nicht zufriedenden Vertrag aufziehen gegeben hätte. Wenn es künftig mit dem Theaterbüro nur in rein geschäftlichen Dingen verhandelt und sich, sobald Spielvorschwierigkeiten auftauchen, mit der Schauspieldirektion in Verbindung setzt, können sehr wohl ärgerliche Missgriffe wie im vorigen Jahre vermieden werden; denn der gute Wille der Schauspielleitung ist, wie allgemein anerkannt wird, vorhanden, und weil dieser vorhanden ist, findet sich allemal in gefährlichen Situationen ein gangbarer Ausweg — sobald nur der gute Wille angerufen wird.

Während das Arbeiterbildungsinstitut in der Haupttheateraufführung ergänzen möchte, geht der Theaterausschuß des Bezirkslehrervereins Leipzig-Land darauf aus, sie zu berichtigten, und ich gebe gern zu, doch kann das bis zu einem gewissen Grade gelungen sein. Wenn ich die Klage aufgeworfen habe, ob der Bezirkslehrerverein im vorjährigen Jahre denn keine andern als Overettensbedürfnisse angemeldet habe, so darf er mit Recht darauf hinweisen, daß er sich um Opernaufführungen im Neuen Theater und um Schauspielaufführungen in der Volksbühne und im Schauspielhaus bemüht hat. Nur hätte der Verein etwas bestimmleres Angaben machen sollen. Es ist in meinem Ausschlag nicht von den letzten zwei Jahren die Rede, sondern vom letzten Theaterjahr, und es ist daher auffällig, daß der Verein meiner Frage gegenüber auf das Schauspielprogramm zweier Jahre hinweist und wohl angibt, was er sich in der vergangenen Volksbühne hat vornehmen lassen, nicht aber, was ihm denn letztes Jahr im Schauspielhaus ansehnswert erschienen ist.

Da er ausdrücklich angibt, daß im letzten Jahre im Alten Theater mehrere Stücke „nicht zugelassen“ haben, interessiert es, zu erfahren, was ihm vom Spielplan des Schauspielhauses gefallen hat. Ich will mitteilen, was der Verein verabscheut; er hat sich außer dem Weihnachtsmärchen von „guten, besten Werken der Bühnenkunst“ im April zweimal Lumpenabendus vorspielen lassen und am 20. Juni (und 2. Juli) Willis Frau! Nach dieser Feststellung scheint mir die Behauptung des Vereins, seine „Hauptaktivität“ liege „auf dem Gebiet des Schauspiels“, das er „an erster Stelle im Leipziger Schauspielhaus erhalte“, sagen wir höflich: einigermaßen lächerlich. Man kann es allerdings verstehen, daß der Verein schamhaft verschweigt, was er sich im Schauspielhaus hat vorsehen lassen!

Wichtiger als dies ist aber ein Bekennnis, das dem Theaterausschuß des Bezirkslehrervereins nebenher entchlüpft. Er spricht von seinem ersten Verein, seine Mitglieder mit Freunden und Bekannten (also einen großen Teil der Landbevölkerung aller Städte) ... mit guten, besten Werken der Bühnenkunst bekannt zu machen.“ Dieses Bekennnis läßt die Intendanten der städtischen Bühnen einigermaßen interessieren. So viel ich weiß, nimmt sie als selbsterklärend an, daß die Vereine zu ihren Vorstellungen nur ihre Mitglieder mit ihren Angehörigen zulassen und Unbefugte nach Möglichkeit fernhalten. Der Bezirkslehrerverein proklamiert aber für sich ein besonderes Recht, holt einen großen Teil der Landbevölkerung aller Stände“ heran und ist noch stolz darauf. Dieses Bekennnis sollte doch die Intendanten veranlassen, genauere Erhebungen darüber zu veranstalten, ob die Zahl der Vorstellungen, die die einzelnen Vereine laufen, in angemessenem Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl steht und ob sie die nötigen Vorkehrungen getroffen haben, um Missbrauch der Vereinsmitglieder, der ja immer verucht wird, zu verhüten. Die Intendanten hat jetzt, wo die Zahl der Vereinsvorstellungen immer höher ansteigt, besonderen Grund, diese Verhältnisse genauer zu untersuchen, und sie dürfte wohl dazu kommen, einige Vereinen zu empfehlen, sich beim Theatergeschäft anderen Vereinen anzustellen und auf Sondervorstellungen zu verzichten — nicht zum wenigsten dem Bezirkslehrerverein Leipzig-Land, der „einen großen Teil der Landbevölkerung aller Stände“ heranzieht, um seine nach marktwürdigen Grundsätzen ausgewählten Sondervorstellungen zu füllen.

Aufführung skandinavischer Volksstämme.

(Godwins Holzbauserei). Veranstaltet vom Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstitut im Palmengarten am 17. Juli.

Der Krieg, so entsetzlich, so verabscheulich er ist, hat doch eine, wenn auch von seinen Urhebern durchaus ungewollte Folge gehabt, die wir begreifen können; er hat — in gewissen Kreisen — eine Annäherung der verschiedenen Völkergruppen zu einander gebracht. Dadurch, daß soviel Ententegefechte in Deutschland, wiederum soviel deutsche Soldaten in den betreffenden Ländern zurückgehalten worden waren, lernten sie gegenüber diese Länder, die fremden Sitte, die fremde Kunst aus eigener Anschauung heraus kennen. Und erweiterten, heimgelehrte, bei den Angehörigen im eigenen Lande den Drang, ebenfalls von fremdem Wesen zu erfahren, den elterlichen, mehr oder weniger engen Geschichtskreis zu erweitern. Mehr vielleicht als auf andre, trifft dies zu auf die Gebiete der Kunst. Niemals z. B. ist russische Musik, russischer Tanz, russische Kunst überhaupt gesuchter gewesen, Peter und nicht Jim Goober sei das Haupt der Verschwörung gewesen. Heute denn Peter nicht ein Beleidnis unterschrieben, in dem er erklärte, er habe geholfen, die Bombe zu fertigen.“

(Fortsetzung folgt.)

Es ist ein charakteristischer Zug der Bourgeoisie, daß sie gerade die Tanzkunst stark pflegt, und hierin wiederum Salon- und Modesitze, angeblich „künstlerisch“ veredelt. One- und two-step, fox und jazz — alles das wird aber doch nur tuttiviert, um die latente Sinnlichkeit aufzustacheln. Ist im Grunde nicht besser als der „moderne“ Kinobetrieb, die „neue“ Operette unser „Gesellschaft“. Das Volk hat keinen Nutzen und auch keinen wahren Genuss davon.

Weides aber, und diesmal auf dem Spezialgebiet des Volksstamms, brachte obengenannte Morgenveranstaltung des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts — Godwins Holzbauserei.

Vor dem Hauptgebäude, inmitten des Rasens und auf einem von schwäbischen Segelbooten gelegten Podium bewegten sich bis zu 30 skandinavische und finnische Burgen und Mädel in ihren Volkssträchen. Sie tanzten bald echte Volksstämme, bald „Gesangsstücke“ zum Teil mit den entsprechenden Gerätschaften, wie Harfen, Sicheln und dergleichen. Alles begleitet von einem eigenen kleinen Orchester (3 Geigen, 2 Flöten und 1 Klarinette), um dessen Eingespieldheit es manche Kammermusikvereinigung beneidet hätte. Ein jedes Lied bestand nur aus den immer wiederkehrenden 8 bis 12 Taktien; bald waren sie elegisch, meist heiter. Man mußte an Grieg und an unsere oberbayrischen Melodien denken. Speziell die finnischen Weisen kommen den ukrainischen nahe. Was die Tänzer selbst boten, war alles andere als „elegant“, oft sogar erbärmlich, — aber immer ehrlich volksüblich frisch, oft mit einem goldigen Humor gewölzt. Dazu eine natürliche Grazie, eine urwüchsige Geschmeidigkeit, eine gesunde Sinnlichkeit — niemals das betont Trotzliche unser Tanz-Kunstabende. Rinni man hierau noch die ganz wunderbaren — nicht wie bei verschiedenen Altstücken operhaft herausgestaffelten — Volkssträchen: die gesetzten Mieder und bunten Tücher der Mädel, die satzigen Westen und langen Bratenröcke der Burschen, — so denkt man unwillkürlich an den — zu früh verstorbenen — Larsson mit seinem „Haus in der Sonne“.

Ja, Sonne gab dieser Morgen; Frische und Fröhlichkeit übertrug sich auch auf den vergrämteten, entzückten Zuschauer; für Stunden hinaus wurde man wieder jung, wieder heiter, wieder verliebt in das Leben und die Welt! Mehe solcher und ähnlicher Veranstaltungen, mehr echte Volks- und weniger Salonzkunst, — und unsre Jugend, unser Volk wird wieder gefunden, wieder erstarke. (Die wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen vor ausgezeichnet.) Hans Alexander Sch. (Moskau).

Kleine Chronik.

Nenes Theater. (Gastspiel des Wiener Burgtheaters — Der Schwan.) Ein bedeutendes Theaterereignis — schade, daß es kein Kupferstück war. Ich hab ein hochberühmtes Schauspielensemble mit jahrhundertalter Tradition, einer Tradition, die sich gegen moderne Entwicklungen des Bühnenstils, wie wir sie in Deutschland erlebt haben, auch behauptet hat und die, an große Künstlernamen geknüpft ist, auch heute noch einen hochgeachteten Platz zu bewahren verstanden hat. Ich hab ein sorgfältig geschultes Zusammenspiel und wertvolle Einzelleistungen — und ich bedauerte, daß all dies bedeutende Könen an ein Stück verschwendet wurde, daß eine ernsthafte literarische Kritik nicht vertrug. Der Ungar Molnar ist der Macher schwachsinniger Konversations-

stücke, die in direkter Linie von Moser, Schönhan und Radelsburg abstammen — Subermann rangiert noch über dieser Spezies. Und in diesem „Schwan“ ist Herr Molnar nun gar noch ernsthaft, so daß nicht einmal sein kleines Talent zum leichten Amüsierstück über die Seele hinweghilft. Aber dafür hat der Verfasser in der Fabel seines Machwerks einen bemerkenswerten Schatz für die Gemütsinteressen des guten bürgerlichen Theaterpublikums bewahrt. Diese rührende Geschichte von der Prinzessin, die ihre tolle Rolle des kleinen Schwan's soweit vergißt, daß sie einen eingerahmten tüchtigen Ehemann findet, und diese illustre Hofgesellschaft mit einem verträblichen Thronfolger ist jetzt wirklich im Sinne der Bedürfnisse begeistigten Publikums hochaktuell. Das mahnt an das Mittelalter so schön — pardon, an die verflossene schöne Zeit der Monarchie, der man nachtraut und die man zurückseht. Und daneben der Mannesstolz, der Königsthron, bezw. Prinzenstolz, ein klein wenig Rebellion, versteht sich nur ein ganz klein wenig Salon-Rebellion, welche temperiert, wie es der Respekt und die Rücksicht auf die göttgewollte Ordnung verlangt, so daß neben den Schauern der Erbprinz auch ein klein wenig Stolz auf die eigene Bedeutung des Bürgers sich regen darf — kurz, es ist wunderwoll. Von der geistreichen gebildeten Sprache gar nicht zu reden. Und dann ist da ein prinzlicher Diplomat in der Kutsche, so mit einem wehmütigen Zug und warmen Herzen und romantischer Vergangenheit und weltmännischer Gewandheit und auch seiner Großheit — kurz, eine entzückende Mischung. Und die Courths-Mahlerei ist gar prächtig.

Mit dem Abzug über diesen Schmarren muß man sich absindern, wenn man das Spiel der Wiener Gäste genießen will. Bedauerlich, daß sie uns dazu zwingen. Wenn sie sich absolut in ihrer besonderen Stärke, im Konversationsstil, zeigen wollen, so ließe sich doch wohl ein etwas gescheiteres Stück finden. Aber es hat nicht sollen sein.

In ihrer Art sind die Wiener sicherlich unerreicht. Aber als vorbildlich möchte ich sie in dieser Art unseren heimischen Künstlern doch nicht empfehlen. Eines freilich ist vorbildlich: dieses sehr abgönnte, nirgends lädierte Zusammenspiel, diese restlose Einordnung aller Gläser in das Ensemble. Sonst aber ist dieses kultivierte Spiel für uns Moderne doch schon etwas zu akademisch und ich stehe nicht an, bei aller Wertschätzung der Wiener Künstler zu sagen, daß die heimische Art unseren Bedürfnissen mehr entspricht.

Mit dem Schwan, dieser Courths-Mahlerei-Heldin, vermöchte übrigens auch eine Kraft wie Vilma Ullman nicht fertig zu werden, aber daß sie dieser schauerlich-schönen Gestalt kein Leben einzuholen vermochte, ist wahrscheinlich nicht ihre, sondern des Herrn Molnar Schuld. Aber das ist auch die einzige Ausstellung — abgesehen von einigen kleinen Anmerkungen zu den Knabenrollen Heinz Dachlers und Fritz Swobodas, die namentlich am Schluss etwas lächerlich aussehen — die zu machen ist. Die übrigen Darsteller, Hedwig Bleibtreu (Prinzessin Beatrix), Georg Reimers (Hyazinth), Hermann Romberg (Prinz Albert), Werner Scholl (Dr. Uhl), Albert Helms (Tafar), geben vollendet kabarettistische und der Beifall war denn auch so anhaltend, wie er nicht oft zu verzeichnen ist. Besonders warme Begrüßung wurde der 82jährige Veteran des Burgtheaters, der Leipziger Augusto Willbrandt-Baudius zuteil, die ihre Rolle der Prinzessin Domitilla mit erstaunlicher Frische und Lebendigkeit durchführte, allerdingss in ihren statt beladenen Gesten und Worten auch noch am meisten den alten, uns heute veralteten erscheinenden Burgtheaterstil erkennen ließ.

Man möchte diese Gabe recht gern wiedersehen. Aber dann, bitte, in einem besseren Stil.

H. B.

Die Leipziger Oper ist am Sonntag in die Ferien gegangen. Am Sonnabend gab es in der Troubadour-Vorstellung noch eine Neubesetzung, die Beachtung verdient. Elisabeth Metzlein sang die Azucena. Diese Künstlerin ist damit zum ersten Mal in einer größeren Rolle vor das Publikum getreten und man darf sagen, daß sie den Beschwörungsnachweis dazu erbracht hat. Sie hat in verhältnismäßig kurzer Zeit eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Wenn man ihre jetzige Leistung mit jener vergleicht, die sie vor Monaten als Hexe in den Königsstädtern bot, so sieht man einen bedeutenden Fortschritt. Diese Alteinerin war ein glutvolles, leidenschaftliches Menschenkind. Im Gesang und Spiel fand sich die Künstlerin mit der schweren Rolle bestreitend ab. Auch sonst war die Aufführung erfreulich. Herr Jäger entzückte mit dem prächtigen Vortrag der Streite im dritten Akt derartig begleiteten Beifall, daß er sie wiederholen muhte.

Am Mittwoch hatte er einen ähnlichen Erfolg als Pedro in Tiefland davongetragen. Es war die hunderdste Vorstellung dieser d'Albertischen Oper, die recht jubiläumstreudig und frisch vor sich ging. Otto Salzmann als Sebastian, Hans Müller als Tommaso, kleine Sanden als Martha, Hervorling als Moruccio gaben ihre bekannten trefflichen Leistungen. Neu war Lene Eichler als Nuri, eine liebliche frisch gespielte Gestalt, die allerdings mit der Stimme die Rolle noch nicht völlig ausfüllte. H. B.

Sächsische Theater. Uns erste Vorstellung nach den Operetten-Ferien gelangt am Sonntag, dem 24. Juli, Das Hollandwohlden im Neuen Operettentheater zur Aufführung.

Das 5. Sommer-Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters war wiederum ein gutgeglückter Versuch, ein Unterhaltungskonzert im sommerlichen Stile mit einem soliden klassischen Programm zu bestreiten. Auf uns wirken heutzutage die Sokolomusik wie Haydn und die Romantiker Weber und Goldmark nicht mehr mit dem ganzen Ernst, mit dem sie ihre Zeit genoh, sondern sie haben für unser Empfinden etwas Spielerisches und Liebliches, trotz ihres Pathos Liebenswürdiges, das dem Gedanken eines Sommer-Konzerts durchaus entspricht. Das Orchester spielt unter O'hermets Leitung mit viel Eleganz und fand im allgemeinen dem Wesen der Konzerte recht nahe. Besonders gut gelang das F-Dur-Klarinettenkonzert von Weber, das Kurt Bloch mit technischer Sicherheit und feinem musikalischen Geschmac vortrug. Es war eine Freude zu sehen, daß die Aufführung des Programms ebenso gut war wie der Gedanke der bei seiner Wahl seitend war.

Der Leipziger Kunstsalon, Dörrichting 18, zeigt in seinen Räumen zwei neue größere Kollektivausstellungen. E. G. Moser zeigt im Hauptsaal größere Aquarelle mit Motiven aus München und dem bayrischen Hochland, während die oberen Räume durch Pastelle des Münchner Malers Schilaneber gefüllt sind, der sich in fesselnder Weise mit religiösen Symbolen, Landschaft und Figuren auseinanderlegt. Die Schaukammer-Ausstellung vermittelt nur noch wenige Tage die beiden Porträts des einheimischen Pianisten Woltemar Sack, v. E. A. Boltz und W. König. Die Ausstellungsbefreiung wird unentgeltlich gestattet.

Eingelassene Schriften.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 6207: Rudolf Breker und Leo Walter Stein. Pfälzott von der Pfalz. Aufsteller. Geh. 1,50 M. — Nr. 6208—6209: Fr. Th. Bischler: Faust. Der Traum. 3. Teil. Geh. 3 M. in Papptisch 4 M. — Nr. 6210: Polyblos von Megalopolis. Die politischen Grundzüge. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig.

RESTE

und Abschnitte
auf Extratischen

in
Leiber-, Wasch- u. Duschstoffen
Baumwoll- und Weißwaren
Seife und Seidenbändern
Spulen und Stoffereien
Wäsche- und Tüterstoffen

außergewöhnlich
billig!

Warenhaus



Goldne Krone Connwitz
Der beliebte Kronen-Ball.

U.T.
L.-Connwitz

Pegauer Strasse 12a am Kreuz.

Ab heute! Dienstag bis Donnerstag
Das größte und aufsehenerregende Erlebnis
des Sensations-Meisterdetektivs

Harry Hill

5 Akte in: **Erpresser** 5 Akte
Aussendem als 2. Schlager

Der Kopf des Gonzalez

oder
Das Abenteuer dreier Menschen und eines Volkes. In 5 Akten

Beginn Punkt 6.00, 8.15 Uhr — Ende 10.30 Uhr

Das beliebte U.T.-Quartett

2 Erstaufführungen 2 Erstaufführungen

Alles spricht vom Kapellmeister **G. Brendel** und dem Schlager-Programm!

Lindenauer Lichtspielhaus
Lützner Strasse 19

Carriere!
Aus dem Leben einer Tänzerin Trude Santen Beckersachs v. Winterstein Der Kinoprinz! Lachen ohne Ende

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

Beginn 4 Uhr **Weisse Wand** Beginn 4 Uhr

Ab heute: Nur für Erwachsene!
Strüflingsketten. II. Teil

Das Geständnis vor dem Tode
7 äußerst spannende Akte 7
Hauptrolle: Lee Parry, Violante Naplovska

Toni Tomps. II. Teil
Sein Doppelgänger
Der große Kriminal-Fortsetzungfilm mit Louis Ralph 5 sensationelle Abteilungen 5
Beide Schlager Vollständig abgeschlossene Handlung!

Alberthalle — Krystall-Palast

Sensation für Leipzig!

Gloria-Film-Ges.
(U F A)

2 Uhr

Gloria-Film-Ges.
(U F A)

Beginn der Filmaufnahmen und Sensations-Zirkus-Vorstellung.

10 noch nie geschene Attraktionen! u. a.

Der lebende Springbrunnen

Mierendorf, Steinrück, Klopfer

Das Todesschwungrad ?Cabin?

Grit Hegesa, Hanni Weise.

Frühzeitiges Erscheinen wird dringend angeraten.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Ab heute, den 19., bis Donnerstag, den 21. Juli:
Der gewaltige, mit großer Lebensgefahr, kolossalen technischen Schwierigkeiten und großen Unkosten hergestellte Sitten- und Abenteurer-Monumental-Film

Aus Radie zum Mädchenhändler

oder: **Die Beute der Erinnen**
Ein erschütterndes Sitten- und Abenteuer-Drama von selten gezeigter, nie dagewesener, spannender Handlung.

7 Akte Die Handlung spielt in China, Amerika und Europa.

Die Verschleppung zweier Mädchen.
In den Hauptrollen:
Werner Kraus, Ressel Orla, Anni Holm, Eduard v. Winterstein.
Hierzu: Große Rosinen. Tolle Posse in 3 Akten.
Einlaß 5 Uhr. Anfang 5½ Uhr.

EISENBAHNSTR. 74 SCH

Gesellschaftshaus Schönefeld

Mittwoch

Der beliebte Haus-Ball.

Endstation 17. 9 Uhr Konter.

FILMPALAST

L.-Lindenau, Gundorfer Str. 31. Tel. 43271
Die erschütterndste Tragödie der Gegenwart:

Der Kriegsgefangene

In französ. Gefangenschaft

Drama in 1 Vorspiel und 5 Akten mit Original-Aufnahmen vom Schlachtfeld Arras

Schwarze Franzosen — Verschüttete Gräben Deutsche Gefangen-Transporte u. a. m.

Die Hand des Würgers

Detektiv-Schlager in 5 Akten

ALT-HOFF

Preiswerte **Einkoch-Apparate** u. Zubehör

Wasserbad-Einkoch-Apparat 48⁰⁰

verzinkt, komplett mit Einsatz, Klemmen und Thermometer

Dampfbad-Einkoch-Apparat 62⁵⁰

verzinkt, komplett mit Einsatz, Klemmen und Thermometer

Einmadigläser weite Form mit gutem, roten Gummiring

5.00 4.50 4.10 3.85 3.60 Mk.

Fruchtpressen und Fruchtsaftbeutel

In großer Auswahl.

Geleegläser

1/2 Ltr. 1/4 Ltr. 1/3 Ltr.

60 50 40

Gummiringe

gute rote Qualität... 40 35 25

Ersatzgummiringe.... 3

Einmadigläser enge Form mit gutem, roten Gummiring

2 1 1/4 1 3/4 3 3/4 3 1/2 2 1/2 2 1/4 Liter

4.50 4.10 3.60 3.40 3.10 2.85 Mk.

Frucht-Obst-Kessel

In allen Größen, besonders preiswert.